

Er scheint täglich außer Montags... Preis primumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark...

Vorwärts

Intentions-Geld beträgt für die fünfzehntägige Zeit...

Verantwortlicher: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 21. Februar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Apothekenpreise.

Eine gesetzliche Reform des Apothekenwesens wird jeden Tag dringender. Eine Apothekenkonzession ist heute ein rasch die Hände wechselnder Gegenstand...

Der Generalbericht über das Apothekenwesen im Regierungsbezirk Siegnitz in den Jahren 1886 bis 1888, erstattet durch den Regierungs- und Medizinalrath Dr. Philipp...

Der amtliche Berichterstatter sagt ausdrücklich: „Sämmtliche Verkäufe, mit Ausnahme eines, wurden durch Agenten vermittelt, und der Käufer der Apotheke in...

Marxissa ging zu seinem größten Nachtheile sogar so weit, daß er den Kauf abschloß, ohne nur den Ort Marxissa zu kennen. Hier liegen die größtlichen Missstände der herrschenden Spekulationswirtschaft...

Welch tolles Treiben auf dem Apothekenmarke herrscht — in der That ist es ein wahrer Degenabbath der schönsten aller Kasten der Verbraucher durchgeführten Plummacherei...

1891. Die Einhornapotheke in Duisburg für 460 000 M. mit 220 000 M. Gewinn nach achtjährigem Besitze. Die Johanniskapotheke zu Leipzig für 475 000 M. mit 150 000 M. Gewinn nach nur dreijährigem Besitze...

1892. Die Apotheke in Langenöls wurde verkauft für 125 000 M., gegen 80 000 M. vor fünfundsiebenzig Jahren. Die Löwenapotheke zu Thorn 1879 für 120 000 M., 1887 für 275 000, 1892 für 315 000 M.

Die Apotheke in Schöningen für 256 000 M.; dieselbe das „Polsh“ hinausliefen; arm waren sie alle und hungrig und wenn sie noch so viel in ihre dicken Röppe hineinstopften...

losete bei fünfmaligem Besitzwechsel innerhalb dreißig Jahren 72 000, 108 000, 162 000, 210 000 und 256 000 M. Die Adlerapotheke in Stendal für 300 000 M., gegen 240 000 M. etwa vier Jahre vorher...

Die Apothekenzu Colbitz für 170 000 M., gegen 125 000 Mark sechs Jahre vorher.

1893. Die Apotheke zu Weingarten (Amt-Durlach, Baden, 4000 Einw.) wurde für 150 000 M. verkauft; vor acht Jahren kostete sie 56 000 M. Die Apotheke zu Reichelsheim i. D. für 132 000 M., gegen 50 000 M. vor acht Jahren...

Die Apotheke in Rötchenbroda 1875 für 75 000 M., 1882 für 120 000 M., 1893 für 305 000 M.

Der „Pharmazeutischen Wochenschrift“ entnehmen wir eine Nachricht, woraus hervorgeht, daß ein großes Geschenk solch eine Apothekenkonzession ist. In einer größeren Stadt der Provinz Sachsen hatte der Assistent an einem Institut einer nordischen Universitätsstadt...

Die Fische für diesen schwunghaften Handel zahlt die breite Masse der Verbraucher, zahlt das große Publikum, die nach Millionen zählende Kundschaft der in Krankenhäusern vereinigten Arbeiter und kleinen Leute...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

(Alle Rechte vorbehalten)

Helene.

45

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Sie hatte soeben mit dem Chefredakteur eines demokratischen Blattes ein festes Engagement als ständige Mitarbeiterin abgeschlossen. Man hatte sie mit sehr viel Achtung behandelt, aber man bezahlte sie schlecht...

Nun, sie war zufrieden, sie brauchte so wenig, und wenn sie recht fleißig war, würde sie ihr Auskommen finden.

Diese langersehnte Möglichkeit, in liebgewordener, ehrlicher Arbeit sich ehrlich ihr Brot zu verdienen, war endlich da und erfüllte sie mit hoher Freude...

An der Ecke vor der Fleischhalle wurde sie von einer Hökerin angerufen, die da ihren Obststand hatte, und ihre Waare mit Wort und Geberde ihr anpries.

Helene blieb stehen. Diese Heineclaudes waren in der That herrlich, groß und von der Sonne durchkreist. Tania würde entzückt sein, wenn sie ihr welche brächte...

Die Hökerin zahlte Stück für Stück ab und packte die Heineclaudes, grüne Blätter säuberlich dazwischen schiebend, in eine Düte. Als sie einen Blick auf die vor ihr Stehende warf, legte sie gutmüthig zwinkernd noch drei dazu...

„Gehst Du nach Hause?“ „Gewiß, ich habe zu thun.“ „Ach, laß doch, komm jetzt mit mir.“ „Wohin?“

„Es ist heute Freitag, wo der „Sozialdemokrat“ verschickt wird, das Personal reicht gewöhnlich nicht aus, und da kommen die Freunde zusammen und helfen ihnen die Adressen schreiben, willst Du nicht auch?“

„Sehr gerne,“ sagte Helene, „ich bin schon einmal dabei gewesen.“

Rina steckte kameradschaftlich ihren Arm in den ihren und nun bogen sie nach der Wolfbachstraße ab und gingen im Schnellschritt vorwärts.

*) Abkürzung für Polytechnikum, im Volksmunde die Bezeichnung für alle Fakultäten der Züricher Universität.

„Was hast Du da?“ fragte Rina Zwanowna, die Düte mit den Fingern bezeichnend. Helene hielt sie ihr geöffnet hin: „Gefällig?“

Rina that einen kühnen Griff und begann sofort zu essen, in schwägender, wirklich unschöner Weise.

Die Schönheit war nun überhaupt nicht an der Wiege gestanden, und sie mochte im ersten Moment geradezu häßlich erscheinen. Groß, hager und grobknochig, feste ihrer Haltung die Armut und ihren Zügen jegliche Feinheit.

Sie entstammte einer kleinrussischen Bauernfamilie, und obwohl sie seit zwei Jahren im Auslande lebte und in Zürich Medizin studirte, waren ihr doch alle Formen des gesellschaftlichen Lebens fremd geblieben.

Sie war arm und lebte von einem Privatstipendium, das sie dadurch erworben, daß sie auf dem Mädchen-gymnasium in Wien immer die Erste gewesen war.

Für ihre geringen Bedürfnisse, sie nährte sich nur von Brot, Milch und Eiern, waren ihre Bezüge mehr als ausreichend gewesen, aber seelengut, zählte sie zu denen, die überall helfen wollten. Was ihr gehörte, gehörte auch ihren Freunden und sie gab, so lange sie etwas hatte.

Für ihre bekannte Hilfsbereitschaft, die sich nach allen Richtungen hin manifestirte, hatte man ihr im Kreise der Emigranten zahlreiche Epitheten beigelegt.

Sie hieß „der Nothhelfer“, „der Lausburger“, „der Auler“, lauter männliche Bezeichnungen, wie denn niemand sie als zum schwachen Geschlechte gehörig betrachtete, obwohl sie ein zärtliches, leicht entzündbares Herz hatte.

„Was hat Dich in die Stadt geführt?“ fragte Helene. „Du weißt doch, Klara Pisanoff hat entbunden“, sagte Rina, „es kam ihr sehr ungelegen, sie hat ihr letztes Examen vor sich.“

„Das wird sie nun für ein Jahr hinauschieben müssen“, meinte Helene.

Wie lange noch wird die Gesetzgebung ruhig dulden, daß das Volk von den Monopolisten des Apothekenwesens ausgebeutet wird?

Wie lange noch? Eine seltsame Frage heute, da die Korn- und Industriemöller, da die Privilegirten überall die erste Geige spielen!

Kommission für Arbeiterstatistik.

Zu unserem gestrigen Bericht haben wir nachzutragen, daß der Ober-Regierungsrath Dr. Wörthoff eine 24stündige Sonntagsruhe für nützlich erachtet, befürchtet aber, daß eine solche Maßnahme so sehr in die Lebensgewohnheiten des Publikums eingreifen würde, daß von dieser Seite der Durchführung derselben unüberwindliche Hindernisse entgegenzusetzen werden würde und beschränkt deshalb eine 16stündige Ruhepause einzuführen. Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Kropatschke fährt aus, daß von den Meistern nicht der Beweis erbracht ist, daß mehr als 12 Stunden Arbeitszeit täglich erforderlich ist. Wohl könne man die von dem Abg. Schmidt-Eberfeld angeregten Gedanken erwägen, ob es nicht besser wäre, statt einer Maximalarbeitszeit von 12 Stunden eine Minimalruhezeit von 12 Stunden festzusetzen. Redner will den Lehrling in den ersten zwei Lehrjahren besonders geschützt wissen.

Es werden dann die prinzipiellen Grundzüge festgestellt, welche eine zu wählende Subkommission bei Ausarbeitung eines Entwurfs beobachten solle. Der Entwurf soll in Form eines Gesetzes ausgearbeitet und mit einem Gutachten begleitet der Kommission bei der nächsten Sitzung zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden. Als Grundzüge für den Entwurf wurden angenommen: Die Arbeitszeit darf in der Woche 75 Stunden nicht übersteigen. Die effektive Arbeitszeit darf täglich höchstens 14 Stunden betragen. Pausen von weniger als 1 Stunde werden als Arbeitszeit gerechnet. Ueberarbeit darf höchstens an dreißig Tagen im Jahre bewilligt werden. Wenn Festtage in der Woche fallen, wird für jeden Festtag 10 Stunden von der wöchentlichen Arbeitszeit abgerechnet. An Sonntagen muß eine ununterbrochene Ruhepause von 16 Stunden gewährt werden. Gewöhnliche Bäderzeiten, welche ihren Arbeitern eine Sonntagsruhe von 24 Stunden gewähren, dürfen an den letzten beiden Wochentagen insgesamt 6 Stunden länger arbeiten lassen. Die Arbeitszeit der Lehrlinge muß im ersten Lehrjahre täglich 2 Stunden, im zweiten Jahre 1 Stunde weniger betragen als die der Meister. Kein Lehrling darf im ersten Lehrjahre länger als 11, im zweiten Lehrjahre länger als 12 Stunden an einem Tage beschäftigt werden.

Eine längere Debatte rief die Frage hervor, ob auch für Konditoreien ähnliche Schutzbestimmungen erlassen werden sollen. Von einer Seite wurde hervorgehoben, daß die Konditorei ein leichtes und gesundes Gewerbe sei und deshalb der § 120a der Gewerbe-Ordnung keine Anwendung finden könne. Auch sei aus den Aussagen der Kunstler-Personen hervorgegangen, daß im Allgemeinen in diesem Gewerbe erträgliche Zustände herrschen. Wenn in einzelnen Fällen Ueberschreitungen stattfinden, dann dürfe man dieser einzelnen Fälle wegen nicht mit so außerordentlichen Maßnahmen vorgehen.

Dieser Ansicht wurde entgegengehalten, wenn darüber Bedenken bestehen, ob auf das Konditorgewerbe der § 120a der Gewerbe-Ordnung Anwendung finden könne, dann sei nicht ausgeschlossen, daß man auf dem Wege der Gesetzgebung vorgehe. Kommen die Ueberschreitungen nur selten vor, dann sei es nur so erfreulich, weil dann die Bestimmungen nur sehr wenig Anwendung finden können. Daß Ueberschreitungen vorkommen, ist durch die Aussagen der Kunstler-Personen festgestellt. Wenn 16 Kunstler-Personen schon von drei solcher Fälle zu berichten wußten, dann darf man schließen, daß sie nicht so selten vorkommen. Den Bedrückten könne es gleich sein, zu wissen, daß neben ihnen viele Angehörige ihres Berufszweiges sich befinden, die besser gestellt sind. Durch dieses Bewußtsein wird ihre Lage nicht gebessert. Pflicht des Gesetzgebers sei es, überall da einzugreifen, wo Mißstände bestehen und diese sind auch im Konditorgewerbe vorhanden. Dann müsse man auch bedenken, daß die Grenzen zwischen Bäckerei und Konditorei keineswegs feststehen. Die Bäcker beklagen sich über die Konkurrenz der Konditoren und umgekehrt klagen diese über die Konkurrenz der Bäcker. Wenn man nun für ein Gewerbe von zweien, die so ineinander fließen, besondere Bestimmungen erlassen würde, ohne das andere zu treffen, so erzeuge das Mißverständnis und gebe dem Verdacht Nahrung, daß die Regierung das eine Gewerbe zu Gunsten des anderen bevorzugen wolle.

Es wurde dann beschlossen, auch in diesem Gewerbe die Arbeitszeit zu regeln.

Auch hier wurde beschlossen, ein Maximum von 75 Stunden wöchentlich festzusetzen. Jedoch soll in diesem Gewerbe an

60 Tagen im Jahre Ueberarbeit gestattet werden können. Die Arbeit muß am Sonntag Mittags 12 Uhr beendet sein. Wenn am Sonntag Nachmittag leicht verderbliche Waaren, wie Eis und ähnliche Sachen bereitet werden, dann muß den dabei beschäftigten Personen ein freies Nachmittags in der Woche bewilligt werden. Für Lehrlinge wurden dieselben Bestimmungen angenommen, wie bei dem Bäckergewerbe.

In die Subkommission, welche den Entwurf auszuarbeiten soll, wurden gewählt:

Regierungsdirektor Schider, Regierungsrath Morgenstern, die Reichstags-Abgeordneten Hige, Mostendubur und Siegle.

Es wurde mitgeteilt, daß auf die ausgesandten Fragebogen zur Ergänzung des Materials über die Erhebungen der im Dandelsgewerbe beschäftigten Personen von 300 Vereinen Antworten eingegangen sind. Bald nachdem die ersten Antworten zur Stelle waren, ist mit der Bearbeitung des Materials begonnen und wird das Material, sobald die Bearbeitung beendet ist, den Mitgliedern zugestellt werden.

Außer der Frage über die weitere Bearbeitung des Materials über die im Dandelsgewerbe beschäftigten Personen wird auch die Enquete über das Mälergewerbe auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen. Zu beiden Punkten der Tagesordnung sollen Auskunftspersonen vernommen werden.

Eine Eingabe der Bureau-Angestellten kam zur Verlesung. In dieser Eingabe wurde verlangt, daß der § 1 des Regulativs dahin abgeändert werde, daß auch über die Lage der Bureau-Angestellten Erhebungen vorgenommen werden können. Es wurde beschlossen, daß vorläufig auf diesen Wunsch nicht eingegangen werden könne, weil zunächst ein so großes Pensum von Arbeit vorliege und in Vorbereitung begriffen sei, daß ein Beschluß im Sinne dieses Schreibens doch noch für längere Zeit ohne praktische Bedeutung bleiben würde. Jedoch wurde es den Mitgliedern der Kommission überlassen, zur nächsten Sitzung Anträge im Sinne dieses Schreibens zu stellen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Februar.

Aus dem Reichstage. Unser letzter Hinweis auf das widersprüchliche Verhalten der Zentrumsparthei, deren Führer sich in Deklamationen gegen die Sklaverei ergießen und dann mit sanfter Fraktionsgenossenschaft gegen Anträge stimmen, welche die Beseitigung der Sklaverei bezwecken, hat Herrn Lieber, wie es scheint, an einer Stelle getroffen, wo es wehe thut.

Die Thatsache selbst kann der geehrte Herr zwar nicht läugnen, deshalb begnügte er sich auch damit, uns seiner tiefsten Verachtung zu versichern. Dafür laufen wir uns nun freilich herzlich wenig. Herr Lieber ist einer von jenen Menschen, deren Selbsteinschätzung im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung steht. So lange er uns nicht lobt, haben wir keine Ursache, uns über seine Urtheile aufzuhalten.

In der Sache selbst konstatieren wir nur, daß Herr Lieber heute selbst zugeben mußte, daß er und seine Parteigenossen aus tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkten dazu gekommen sind, z. B. für die Aufrechterhaltung der Hausklaverei in unseren Schutzgebieten einzutreten. Damit ist doch an einem klaren Beispiel die Richtigkeit des von Vebel aufgestellten Satzes erwiesen, daß nicht die Religion die Kultur, sondern diese die Religion schafft. Das Christenthum und seine idealen Lehren negirt die Sklaverei, es kann aber diese Lehren nur auf einer gewissen Kulturhöhe verwirklichen. Da wo die Kulturentwicklung diese Höhe noch nicht erreicht hat, wie eben in Afrika und speziell auch in unseren Schutzgebieten, da geht es ohne Sklaverei trotz christlicher Mission und angeblich göttlichem Beruf der Kirche, und was sonst der frommen oder heuchlerischen Redensarten mehr sind, wie Figura zeigt, nicht. Unser Genosse Vebel hat denn auch heute in einer recht glücklichen Rede den Zentrumsredner und den ihm zu Hilfe gerufenen Pastor Schall von den Konservativen, so gründlich auf den Sand gesetzt, wie nur jemals einer in einer parlamentarischen Debatte abgeführt worden ist.

Interessant ist übrigens, daß in diesen, sich durch zwei Sitzungen hinziehenden Kämpfen, kein liberale Redner auf dieses Thema einging. Und doch vertrat unser Redner nur Grundsätze, die längst Gemeingut der wirklich liberalen Weltanschauung sind. Aber der Liberalismus ist eben allerschwach geworden und seine derzeitigen Fahnenträger getrauen sich nicht mehr die einstigen Ideale zu vertreten.

die voll Eifer sich anschickten, die Rouverts, in denen der „Sozialdemokrat“ verschickt werden sollte, mit ihren interessanten Handschriften zu versehen.

Die Ankömmlinge wurden freudig begrüßt und eine reizende Blondine, die hier die Honneurs machte, hatte ihnen sofort einen Platz und alles Nöthige zugewiesen. Diese noch junge Frau war die Gattin des Administrators des „Sozialdemokrat“. Von der ängstlichen Ordnungsliebe und Pedanterie, lag ihrem Wesen nichts ferner als der Gedanke des Umsturzes. Ihre Toilette war immer sorgfältig und sie sah so appetitlich und nett aus, wie aus dem Schächtelchen gezogen.

Sie bewohnte mit ihrem Manne zwei Stübchen des Erdgeschosses, darin glänzte es von Sauberkeit und Alles war symmetrisch geordnet; da durfte kein Stühlchen oder Näpflchen auch nur um eine Linie anders gerückt werden, als sich's gehörte. Sie pflegte in diesem Heiligthum mit Handschuhen umherzugehen, weil sie immer sauberte, putzte und wuschte.

Ihr Leben war indeß nicht immer so glatt und polirt gewesen, sie hatte Hartes erduldet. Ihr Mann, den sie sehr liebte, hatte als politisch Kompromittirter eine lange Gefängnißhaft durchzumachen; sein blühendes Geschäft ging zu Grunde, und als er herauskam, wurde er ausgewiesen. Sie hatte den Gefangenen getröstet, nun folgte sie ihm in die Verbannung. Glücklicherweise durfte sie all' ihre Schicksale mitnehmen; das milderte ihre Schrecken. Bald fand sie, daß Zürich kein allzu übler Ort sei, denn es war daselbst alles nett und rein.

Die Bestrebungen der Parthei erlitten ihr nicht das Blut, aber die revolutionären Schlagworte waren ihr wohl geläufig und sie benutzte sie in naiver Unbekümmtheit, ohne auch nur mit den schönen, langen Wimpern zu zucken. Unter den Revolutionären machte sie scharfe, persönliche Unterschiede. Sie sympathisirte nur mit den „Besseren“, die was auf sich hielten. Diese demutterte sie und hielt auch ihre Wäsche in Ordnung. Vor denjenigen, die nicht so viel Rücksicht hatten, ihre Süssel zu putzen, ehe sie bei ihr eintraten, warnte sie ihren Mann auf das Dringlichste, leider ohne Erfolg.

(Fortsetzung folgt.)

Im Uebrigen ist heute der Etat des Auswärtigen Amtes doch glücklich zu Ende beraten worden. —

Herr Lieber, vom Centrum, ärgert sich, daß der „Vorwärts“ das heuchlerische Verhalten des Zentrums dem Antrag Ehms gegenüber gekennzeichnet und dem „praktischen Christenthum“, welches den Sklavenhandel opportunistisch-schacherisch schonen will, die Maske vom Antlitz gerissen hat. Wenn Herr Lieber uns gegenüber behauptet, das Centrum vertrete das Christenthum, und das Christenthum verdamme unbedingt die Sklaverei, so beweist er bloß, daß er entweder das Centrum oder das Christenthum oder beides nicht kennt, und daß er entweder mit der Welt- und Tagesgeschichte oder mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuß steht. Wer gegen einen Antrag stimmt, der die bedingungslose Abschaffung des Sklavenhandels erstrebt, tritt damit so ipso facto in den Sklavenhandel ein. Diese Thatsache kann durch keine Sophisterei, auch nicht durch die künstlichen Lustsprünge rabulistischer Equilibristen beseitigt werden — und Herr Lieber ist kein Meister in dieser Kunst, obgleich er sich die erdenklichste Mühe giebt, es zu sein. —

Bundesrath. In der am Montag, 19. d. M., unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretär des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde dem Handels- und Schiffsahrtsverträge zwischen dem Reich und Ausland die Zustimmung erteilt. Die Vorlagen, betreffend die Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen der Anlage B zur Eisenbahn-Verkehrsordnung und betreffend das Ueberkommen mit Rußland bezüglich der Uebernahme Auszuweisungen, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Endlich wurde über die zollamtliche Behandlung der von der medizinisch-hygienischen Ausstellung in Rom zurückgelangenden Güter Beschluß gefaßt.

Die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr hielten heute eine Sitzung.

Vollstampf voraus! Dieser Wahlspruch gilt im vollen Sinne des Wortes für die Entwicklung der Armee und der Marine. Aber sonst ist man wenig geneigt, Fortschritte zu machen; diese Erfahrung macht man wieder anlässlich des großen Unglücks, das sich wohl infolge eines Vollstampf-Experimentes auf dem Schiffe Brandenburg ereignete. Für Jedermann, der Deutschland für einen Kulturstaat hält, müßte es doch als selbstverständlich erscheinen, daß es die versuchte Pflicht des Reiches sein muß, die Angehörigen der Getödteten wenigstens von materiellen Sorgen zu befreien. Dieses Pflichtgefühl sehen aber bei den Leitern des Reiches selbst so regierungsfremde Blätter wie die „Kölnische Zeitung“ nicht voraus, denn sie fordert die öffentliche Mildthätigkeit auf, helfend beizuspringen.

Ueber den deutsch-russischen Handelsvertrag und die Junker spricht sich der Berliner Korrespondent eines schweizer Blattes, des „St. Gallener Stadt-Anzeigers“ sich wie folgt aus:

Vorläufig sind es nur wenige Krantjunker, denen schon bei der bloßen Nachricht von der Unterzeichnung des Vertrages das oppositionelle Herz in die Fassen gefallen ist. Aber wer die Herren kennt, für die von jeher die Vorherrschaft die bessere Seite der Tageszeit war, rechnet mit ziemlicher Sicherheit darauf, daß sich irgendwo ein paar Planken finden werden, aus denen sich ein Nothbrücklein ins Regierungslager hinüber bauen läßt.

Ich will nicht behaupten, daß die Chancen des russischen Handelsvertrages, der übrigens für jeden, der die Welt nicht mit einem Mißbeet verwechselt, eine politische und wirtschaftliche Nothwendigkeit ist, heute schon so gute seien, daß das Zustandekommen gesichert wäre. Aber durch die Annahme der früheren Handelsverträge hat die Regierung eine so starke Position, daß sie es schlimmsten Falles auf eine Auflösung des Reichstages ankommen lassen darf. Es ist ganz unmöglich, Rußland gegenüber, auf dessen Roggenproduktion Deutschland mit einem Sechstel seines Konsums angewiesen ist, einen Differentialzoll von 5 Mark festzusetzen. Die Folge würde nur die sein, daß der russische Roggen nach Oesterreich läme und dessen Getreide nach Deutschland schübe, oder den Weltmarkt aussuchte und hier die Preise so drückte, daß die Vortheile, welche die Agrarier von einem erhöhten Getreidepreise hoffen, wiederum herabgeschraubt würden.

Die politische Seite des Vertrages wird kein Freund des Friedens unterschätzen können. Es liegt auf der Hand, daß durch freundschaftliche Handelsbeziehungen manches zwischen den beiden Ländern zerrissene Band wieder angeknüpft werden wird. Für den Wirtschaftspolitiker, der geneigt ist, nicht bloß einzelne wirtschaftliche Gebiete oder Produktionszweige zu betrachten, sondern die Entwicklung im ganzen zu verfolgen, hat der russische Handelsvertrag aber noch eine besondere Bedeutung. Er ist der entscheidende Schritt zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der sich auch Frankreich auf die Dauer nicht wird entziehen können. Will Europa die fürchtbare Konkurrenz des jungen Amerika aushalten, will es die unaufhörlichen Krisen, die seine Eingeweide seit Jahren durchwühlen, wenigstens einigermaßen durch einen geregelten Export mildern, will es sich für seine überschüssigen Arbeitskräfte eine Verwendung sichern, die das bedrohliche Anwachsen der Reservearmee industrieller Arbeiter herabmindert, so muß es als geschlossenes Produktionsgebiet den überseeischen Ländern gegenüber auftreten. Gelingt ihm der Zusammenschluß nicht, so rast es mit erschreckender Geschwindigkeit dem Zukunfts entgegen, wo sich die einzelnen Länder des europäischen Kontinentes selbst aufessen müssen.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Gefahr in den dicken Schuhen der Agrarier wenigstens mit einem Schimmer erkannt werden wird; sollte es aber wirklich dazu kommen, daß die Regierung als der einsichtiger Theil die jetzige Volkswirtschaft nach Hause schiebt, dann mögen die Herren von Krauthelm und Kohlberg sehen, wo sie bleiben. Das deutsche Volk besitzt Verstand genug, um die große Tragweite einer handelspolitischen Einigung mit dem gefährlichen Konkurrenten im Osten, durch die derselbe zum Bundesgenossen gegen den fernen Westen wird, zu erkennen. Einen Reichstag, wie den jetzigen, würden die Herren sicher nicht bekommen.

Das übrigens die Führer der agrarischen Bewegung selbst nicht wissen, was sie eigentlich wollen, daß sie ohne klare Ziele einfach darauf ausgehen, das ohnehin schon trübe Gewässer unserer Zeit noch mehr zu trüben, um darin desto bequemer sitzen zu können, zeigt ihr Verhalten gegenüber den agrarpolitischen Vorschlägen der preussischen Regierung. Diese hat als ersten Schritt zu einer Organisation des landwirtschaftlichen Berufes im preussischen Landtag ein Gesetz zur Bildung von landwirtschaftlichen Kammern vorgelegt. Der Entwurf ist in seinen Einzelheiten allerdings bedenklich bürokratische Mäßen trägt, ist in seinem Prinzip eine alte Forderung der Agrarier. Seit mindestens zehn Jahren schreiben sie in allen Tonarten nach solchen landwirtschaftlichen Kammern. Es gab eine Zeit, wo sie davon alles Heil erwarteten.

Bei der ersten Berathung, die in diesen Tagen im preussischen Abgeordnetenhaus stattfand, zeigte sich nun die merkwürdige Erscheinung, daß gerade diejenigen, welche früher am lautesten nach dieser Organisation geschrien, dieselbe jetzt an

Schärfsten bekämpfen. Die Motive sind ziemlich durchsichtig. Der Entwurf unterscheidet sich scharf zwischen Groß- und Kleingrundbesitz, und das paßt den Herren nicht; denn in dem Moment, wo der preussische Bauer erkennt, wie wenig seine Interessen mit denen des Latifundienbesitzes übereinstimmen, ist es mit der Junkerherrschaft vorbei; und da sich im Bunde der Landwirthe und in den landwirthschaftlichen Vereinen immer deutlichere Symptome zeigen, daß die Kleinbesitzer von dem Gängelband der agrarischen Vormundschaft loszukommen trachten, so haben die Großgrundbesitzer allen Grund, die Spaltung durch eine offizielle Anerkennung nicht noch größer werden zu lassen.

Es wird der preussischen Regierung sehr schwer werden, auf dem von ihr eingeschlagenen Wege zu einer wirklichen Bekämpfung der Uebelstände in der Landwirtschaft, insbesondere der überhandnehmenden Verschuldung, zu gelangen. Ihre größten Gegner werden gerade die Agrarier sein; denn ihnen ist es nicht um agrarische Reformen zu thun, sondern darum, die Milchkuh „Staat“ soviel als möglich für sich allein zu melken.

Einmütig! Zur Auflösung kommt's aber nicht. Der Stodspürung wird ritterlich und mit Pudelgewandtheit ausgeführt werden. —

Die süddeutschen Agrarier, die noch lauter „schreien“ als die „norddeutschen“, zetern über das „Kriechen vor Rußland“, das zum deutsch-russischen Vertrag geführt habe. Unter dem früheren Kanzler hätte Deutschland sich nicht so gedemüthigt. Die „Schreier“ oder „Krischer“ haben wohl vergessen, daß dieser frühere Reichskanzler es war, dessen „Wettkriecherei vor Rußland“ sogar der „Rölnischen Zeitung“ etwas Schamröthe in das von Schminke strahlende Dirnegesicht trieb. —

Ein deutsch-russisches Uebereinkommen wurde abgeschlossen zum Zwecke der Uebernahme von früheren Angehörigen, welche ihre Staatsangehörigkeit verloren haben. Die wichtigste Bestimmung lautet:

Beide Theile verpflichten sich, diejenigen ihrer früheren Angehörigen, welche ihre Staatsangehörigkeit durch Abwesenheit im Auslande oder durch förmliche Entlassung oder auf andere Weise verloren haben, zu übernehmen, falls jene nicht eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben.

Diese Uebernahmepflicht soll sich jedoch nicht erstrecken auf Personen, welche die von ihren Eltern verlorene Staatsangehörigkeit ihrerseits niemals bebesen haben.

Die Postbeamten müssen sich nun über die Sozialdemokratie entrichten. Die „Post“ theilt mit, daß ihr als Nachwehen der letzten heftigen Reichstagsdebatten über den Postetat gegen uns aus den Kreisen der Postbeamten und der Postunterbeamten Zuschriften zugehen, in denen energisch gegen die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner Protest eingelegt wird.

Wer wohl die Postbeamten dazu veranlaßt haben mag? —

Herr von Bennigsen will sich nach der bismarckischen „Allgem. Ztg.“ anlässlich seines auf die Mitte dieses Jahres fallenden 70. Geburtstages vom politischen Leben zurückziehen. Trotz seiner großen Begabung ist Bennigsen schon längst politisch todt, seine Partei hat sich seiner Führung entledigt, es ist lediglich ein Ehrenposten ohne Macht, den er in der zerpaltenen Partei noch einnimmt. Auf den Luxus einer selbständigen Meinung hat Bennigsen schon seit Jahren verzichtet. Charakteristisch für ihn ist seine Stellung zum Sozialistengesetze gewesen, bei dessen erster Vorlage er die beste und eindringlichste Rede gegen das Ausnahmegesetz gehalten hat, um wenige Monate später für dasselbe zu stimmen. Seit dieser Abstimmung ist er politisch todt. —

Die „Kreuz-Zeitung“ meint, die Sozialdemokratie sei sich in betreff ihrer Haltung dem deutsch-russischen Handelsvertrag nach nicht ganz klar. Wir haben mit dem vielgeprüften Junkerorgan so viel Mitleid, daß wir seine Zweifelsqualen nicht verlängern wollen. Die Wahrheit ist: in der deutschen Sozialdemokratie ist nicht Einer, der für den russischen Handelsvertrag schwärmt, aber auch nicht Einer, der es nicht für selbstverständlich hält, daß die sozialdemokratische Fraktion ebenso für ihn stimmt, wie längst für die sogenannten kleinen Handelsverträge.

Also, keine falschen Hoffnungen! Es muß über den Stod gesprungen werden! —

Die „Magdeburger Zeitung“ — und vermutlich noch andere von der Firma Böttcher-Blum bediente Blätter — schimpfen mörderisch, daß wir die Hinrichtung Baillant's für einen Akt der Feigheit erklärt und gesagt haben, die „Gesellschaft“ sei damit auf das Niveau Baillant's, ja unter dasselbe hinabgestiegen. Hat die „Magdeburger Zeitung“ denn ganz vergessen, daß der gesammte bürgerliche Liberalismus, so lange es noch einen gab, gegen die Todesstrafe war, und sie als Feigheit und Barbarei denunzierte? Und die „Magdeburger Zeitung“ rühmt sich, „liberal“ zu sein! Wir Sozialdemokraten denken heute über die Todesstrafe genau so, wie weiland der bürgerliche Liberalismus. Und was insbesondere Baillant-Marchal betrifft, so verurtheilen wir seine Hinrichtung, abgesehen von unserer prinzipiellen Verurtheilung der Todesstrafe, noch ganz besonders als die eines Irnsinnigen, d. h. eines Menschen, dessen Leben selbst die barbarischste Gesetzgebung vergangener Jahrhunderte nicht anzutasten gewagt hätte. —

In dem nämlichen Schimpfsartikel behauptet die „Magdeburger Zeitung“, wir hätten die Vorgänge des 18. Januar so übertrieben und so sensationell aufgebauscht, daß der Leser hätte meinen müssen, es seien Tausende von der Polizei gemeyelt worden. So liegt dieses Volk. Man lese unseren damaligen Artikel, und man wird finden, daß wir nicht ein Wort zu viel, wohl aber manches Wort zu wenig gesagt haben — aus einer Mäßigung, die un- durch die Rücksicht auf unsere jammervollen Preßverhältnisse und auf das Interesse der Partei und unseres Blattes auferlegt war. —

Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei tagte am Sonnabend Abend und Sonntag Vormittag in Berlin. Anwesend waren 53 Personen, nämlich 26 Reichstags- und Landtagsabgeordnete der Partei und außerdem 27 Vertreter verschiedener Bezirksverbände der freisinnigen Volkspartei von außerhalb. Abgesehen von der Regelung der Personenfragen ist der Beschluß zu registriren, daß der nächste allgemeine Parteitag vom 22. bis 24. September stattfinden soll, ferner wurde eine Kommission zur Vorberathung eines Programm-entwurfes eingesetzt. —

Ueber die Ursachen des Verbrechens. Durch die Zeitungen geht folgende Reporternotiz, die auch uns zugesandt ward:

Die an den Blöthensee Gesungenen in großem Umfange vorgenommenen Schädelmessungen haben dem Anstaltsarzt, Sanitätsrath Baer, zu der Ueberzeugung geführt, daß die namentlich von italienischen Kriminalanthropologen vertretene Anschauung von einem internationalen Verbrechertypus irrig sei. Wie er in der Sonnabend-Sitzung der Anthropologischen Gesellschaft ausführte, giebt es keine besonderen Merkmale körperlicher und geistiger Art, wodurch sich der Verbrecher von dem Nichtverbrecher unterscheidet, mit anderen Worten, es giebt keine geborenen Verbrecher. Wo die Organisation des Menschen ihn zum Verbrecher führe, habe man es nicht mit einem Verbrecher, sondern mit einem Geisteskranken zu thun. Man finde allerdings bei Gewohnheitsverbrechern verhältnismäßig viel Deformationen und Degenerationserscheinungen und geistige und stützliche Depressionen, indessen in diesen Bildungsdefekten habe man nicht ein genetisches Moment des Verbrechens, sondern höchstens eine Begleiterscheinung zu sehen, sie sind nicht angeboren, sondern erworben. „Verbrechen“ könne an sich schon gar nicht bedingt sein durch die Organisation des Verbrechers, weil „Verbrechen“ selbst ein wandelbarer Begriff sei. Der Verbrecher sei eben weiter nichts als das Produkt der sozialen Verhältnisse, unter denen er lebe, und darum seien auch Staat und Gesellschaft im Stände, durch Beseitigung sozialer Schäden Verbrechen zu verhindern.

Die meisten Zeitungen haben hinter das „weiter nichts als Produkt der sozialen Verhältnisse“ ein Fragezeichen gemacht. Nicht ganz ohne Grund, wenn auch der Grund dieser Zeitungen kein richtiger ist. Sie wollen die sozialen Ursachen des Verbrechens ganz leugnen. Und darin haben sie Unrecht. Gewiß aber ist, daß die sozialen Ursachen nicht die alleinigen sind, sondern daß auch geistige und körperliche Abnormitäten in Frage kommen. Wenn die Schädelmessungen in Blöthensee nach dieser Richtung hin kein Resultat ergeben haben, so liegt dies unzweifelhaft daran, daß in Blöthensee nur leichtere und Gelegenheitsverbrecher sich befinden, deren Typus von dem gewöhnlichen Durchschnittstypus sich nicht unterscheidet, und kein „Verbrechertypus“ im Sinne Lombroso's ist. In der sächsischen Strossenfallstrasse, wo bloß schwerere und Gewohnheitsverbrecher sind, hat eine vor anderthalb Jahrzehnten vorgenommene Untersuchung ergeben, daß die große Mehrzahl geistig und körperlich „entartete“ Menschen sind. Und wenn Sanitätsrath Baer seine Schädelmessungen in den deutschen Buchhäusern vornimmt, wird er auch zu anderen Resultaten kommen.

Freilich das soziale Moment macht auch in den Fällen der Entartung sich geltend. —

Ein neues Bombenattentat hat in Paris stattgefunden.

Gaushausdurchsuchungen in Frankreich. Man schreibt uns aus Paris unterm 19. d. M.: Diesen Morgen fanden sowohl hier wie in der Provinz ca. 150 Hausdurchsuchungen bei Personen statt, die des Anarchismus verdächtig sind. Außer Broschüren und Zeitungen soll die Polizei nirgends etwas entdeckt haben. Daß da, wo Sozialisten und Anarchisten in einen Topf geworfen werden, wie dies unsere Ordnungsmänner so gerne thun, leicht „Arthümer“ vorkommen, und gar mancher Sozialist, um eine Hausdurchsuchung bei ihm zu rechtfertigen, ganz einfach für ein des Anarchismus verdächtiges Individuum erklärt wird, ist selbstverständlich. Selbstverständlich aber auch, daß solche „Arthümer“ die letzten Mittel sind, die kapitalistische Ordnung zu stärken, geschweige denn als ewige Einrichtung anerkannt zu sehen. —

In den Gemeinderaths- und Kammer-Ergänzungswahlen in Frankreich. Aus Paris wird uns unterm 19. Februar geschrieben: Obwohl bei den gestern in sechs Bezirken hier stattgehabten Ergänzungswahlen zum Gemeinderathe kein einziger Kandidat den Sieg errungen, so steht es doch außer allem Zweifel, daß wenigstens in vier Stadtvierteln, die bisher von Sozialisten, und zwar durch die nunmehrigen Abgeordneten Ed. Baillant, Chauvin, Rouanet und Prudent-Deroulles vertreten waren, die Sozialisten bei der Stichwahl den Sieg davontragen werden. Wenn dies nicht schon beim ersten Wahlgang der Fall war, liegt dies in dem Umstande, daß da gewöhnlich die verschiedenen Fraktionen ihre Kräfte messen wollen und demzufolge eigene Kandidaten aufstellen, deren Stimmen jedoch beim zweiten Wahlgang sich meist auf denjenigen Kandidaten vereinigen, der im ersten Wahlgange die relative Majorität erhielt. Daß aber die Sozialisten bei der Stichwahl in all diesen vier Stadtvierteln bestimmt siegen werden, das läßt sich schon im vorhinem daraus ableiten, daß die gegnerischen Kandidaten zusammengezogen in keinem dieser Stadtviertel gestern auch nur die Hälfte von den auf die sozialistischen Kandidaten entfallenen Stimmen erhalten haben.

Gleichzeitig mit den sechs Pariser Gemeinderathswahlen fanden gestern in der Provinz mehrere Abgeordnetenwahlen statt, deren Resultat zumest ebenfalls zu Stichwahlen führt. Dabei ist es für uns besonders erfreulich, zu konstatiren, daß im ersten Marceiler Wahlbezirk, der bisher von dem früheren Finanzminister und nunmehrigen Senator Petral vertreten war, der von der sozialistischen Partei aufgestellte Kandidat, Carnaud, wenn auch nicht die absolute Majorität, so doch um viele hundert Stimmen, genau gerechnet um 642 Stimmen mehr als der von der dortigen Bourgeoisie zum Nachfolger Petral's anderlesene Kandidat erhielt und es somit kaum einem Zweifel unterliegt, daß er bei der Stichwahl siegreich aus der Urne hervorgehen wird. Wie dem jedoch auch immer sei, so steht heute schon das Eine über allem Zweifel fest, daß die sozialistischen Stimmen in den wenigen, seit den letzten allgemeinen Wahlen verfloffenen Monaten einen nicht unbedeutenden Zuwachs erhalten haben. So schreitet denn trotz Anarchistenbomben und Ausnahmegeetzen der Sozialismus immer siegreicher vorwärts.

Die politische Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich ist infolge der schuldlosen Bestrebungen in der französischen Kammer in Gefahr, in einen französisch-russischen Volkskrieg überzugehen. Die russische Regierung hat diese Drohung schon nach Paris gelangen lassen. —

In Holland steht die Wahlreform im Vordergrund des politischen Interesses. Die Regierung brachte zu Beginn der Session einen Gesetzentwurf, welcher die Zahl der Wähler von 300 000 auf 800 000 erhöhte. Obgleich er die Hälfte der mündigen Bürger wahlrechtlos läßt, so ist er der Mehrheit der Kammer doch zu „liberal“ und da eine Einigung bisher nicht zu Stande gekommen ist, so geht die Regierung mit dem Gedanken um, die „Generalstaaten“ (Kammer) aufzulösen, was für die Entwicklung der Sozialdemokratie natürlich von großem Vortheil wäre. Nichts ist bezeichnender als die Logik der Thatfachen, nichts kräftiger als die Nothwendigkeit des Wandels. —

Endlich! Ein Erfolg der Anarchisten ist nun zu verzeichnen. Infolge ihrer wahrwichtigen Thaten ist England bereit, auf internationale Abmachungen gegen die Anarchisten einzugehen; auch das englische Asylrecht ist in Gefahr. Im Unterhause fand über diese Fragen eine Debatte statt, in der der Staatssekretär des Innern Asquith erklärte:

Die meisten Staaten des Festlandes befehen das Recht der Ausweisung, das die Verfassung Englands nicht gewährt. Infolge der Ausweisungen auf dem Festlande sänden von Zeit zu Zeit gefährliche, unerwünschte Persönlichkeiten den Weg nach England und zwar nicht selten, ohne daß die englischen Behörden von den ausländischen gewarnt würden. Die Regierung sei nicht der Ansicht, daß es nöthig geworden sei, die Gesetze Englands, die sowohl für den eigenen Schutz, als auch für die Erfüllung der internationalen Pflichten hinreichen, abzuändern. Die Regierung sei bereit und wünsche, mit den anderen Ländern gemeinsame Maßregeln zur Bekämpfung der Anarchisten und ähnlicher Feinde der Gesellschaft zu ergreifen, habe aber die Ansicht, diese internationalen Bemühungen müßten nicht so sehr auf eine Erweiterung der Ausweisungsgewalt, durch welche Unschuldige mit Schuldigen verwechselt werden könnten und die Last und Gefahr von einem Lande auf das andere abgewälzt würden, als vielmehr darauf hinarbeiten, daß ein konstanter Austausch von Informationen und gemeinsamen Aktionen, sowohl behufs der Entdeckung, als auch der Bestrafung der Schuldigen zwischen den Regierungen und Polizeibehörden der verschiedenen Länder statfinde.

Italien. Die Kammer ist heute zusammengetreten. Herr Crispi ist zu sehr in Geldverlegenheit, als daß er die „Ferien“ noch hätte verlängern können. Er braucht 100 Millionen neuer Steuern, will aber „Ersparnisse“ machen. Das ist echt italienische Wirtschaft: Verschwendung im Großen, sparen im Kleinen, — mit Scheffeln zum Fenster hinauswerfen, in Löffeln wieder aufschöpfen. Und denke man, dieses arme, ausgefogene Volk! Wir Deutsche sträuben uns mit aller Macht gegen die 50 Millionen der neuen Militärvorlage, und das noch weit, weit ärmer, noch weit, weit mehr ausgefogene italienische Volk soll das Doppelte aufbringen! Es ist einfach unendlich.

Wäre die Kammer eine Volksvertretung, so säße Herr Crispi jetzt in Untersuchungshaft, nächstens auf der Anklagebank. Wie die Dinge liegen, wird es voraussichtlich zunächst bloß viel Lärm um nichts geben — heftige Opposition, stürmische Debatten, schließlich Zusage der Kammer. Von dem letzten Aufstandsversuch ist Italien zu erschöpft, als daß es das Regiment Crispi in Bälde abschütteln könnte. Es wird noch einige Zeit verstreichen, bis die unvermeidliche Katastrophe hereinbricht. Freilich, je später das Strafgericht kommt, desto gründlicher wird es sein.

Ueber die erste Sitzung der Kammer liegt, im Augenblick wo wir dies schreiben, noch kein Telegramm vor.

Wir wissen bloß durch ein Telegramm der „Frankfurter Zeitung“, daß die Regierung beabsichtigt, mit dem verhängnisvollen Verschleierungssystem zu brechen, um die Kammer über die wahre Lage des Landes aufzuklären und von ihr unter dem Appell an ihren Patriotismus neue Opfer zu fordern, damit das Defizit beseitigt werden könne.

Mit anderen Worten, das bisherige Verschleierungssystem läßt sich nicht mehr fortsetzen, das Land muß also in anderer Weise über die wahre Lage aufgeklärt und in neuer Form abermals über den Dössel barbiert werden. Der Appell an den Patriotismus soll den Patient verhindern, sich zur Wehre zu setzen, wenn das Steuermesser ihm wieder tief in das Fleisch eingehoht wird. —

Als Aufforderung zu anarchistischen Verbrechen kann man die Stelle aus der „St. Petersburger Zeitung“, die die „Kreuz-Zeitung“, übrigens nicht zustimmend, abdruckt, auffassen:

In Anlaß des letzten anarchistischen Attentats in Paris giebt nämlich die russische „St. Petersburger Zeitung“ den Rath, man möge, da Todesstrafe und Guillotine jene Leute nicht schrecken, „sie rädern, viertheilen, oder an langsamem Feuer rösten“, vielleicht werde das helfen.

Daß das nicht helfen würde, beweist doch schon die Thatfache, daß derartige „Strafen“ früher, und zwar mit dem gleichen Erfolge, wie die modernen Abschredungsmittel verhängt wurden, ohne die Verbrechen auszu- vollen. —

Soziale Ueberblick.

Nu alle wahlberechtigten Mitglieder der Kreis-Krankenkasse der Steinbruder und Lithographen Berlin!

Kollegen! Endlich ist der Vorstand seiner Pflicht nachgekommen und hat die Ungültigkeitserklärung der Wahl vom 9. November v. J. veröffentlicht. Aus welchem Grunde man so lange zögerte, liegt auf der Hand, man wollte uns bei der Wahl unvorbereitet finden. Die von den Mitgliedern gewählte Kommission hat jedoch ihre Pflicht gethan, alle Vorarbeiten zur Wahl sind erledigt und wir erwarten nun von Euch, daß Ihr Eure Schuldigkeit voll und ganz thun werdet. Vom Vorstand der Kasse einberufen, findet am Donnerstag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr im Vereinshause, Sophienstr. 15, eine Versammlung statt und am Dienstag, den 27., die Wahl der Delegirten. In beiden Versammlungen ist das Mitbringen des Mitgliedsbuches unbedingt erforderlich.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Es ist Eure heiligste Pflicht, in beiden Versammlungen zahlreich und pünktlich zu erscheinen und Protest einzulegen gegen die im Vorstände herrschende Vetterwirtschaft. Die Lösung am Tage der Wahl sei: Der Stimmzettel Friedewald und Genossen muß siegen! Damit die Verwaltung der Kasse in die Hände derjenigen komme, die die Mittel aufzubringen haben, müssen Alle am Tage sein.

Kollegen, wir zählen auf Euch! Auf zur Versammlung! Auf zur Wahl!

Die Kommission.
H. Döbel, Lithograph. D. Friedewald, Steinbruder.
Hr. Scherer, Steinbruder.

Reaktionäre Bestimmungen über den Kolportagehandel hat kürzlich die Stadtdirektion zu Stuttgart erlassen. Thodor von Wächter hatte um Ausstellung eines Handwerkerbescheins zum Heilbieten von Druckschriften im Umherziehen und um die erforderliche Genehmigung des eingereichten Druckschriftenverzeichnisses nachgesucht. Da die Beamten der Stadtdirektion die Schriften als „dem Volke nicht zuträglich“ erachteten, wurde die Genehmigung des Gesuchs verweigert. Der von Wächter erhobene Widerspruch ist nun auch abschlägig beschieden worden, und zwar mit einer Begründung, welche dem Kolportagehandel direkt jede Existenzberechtigung abschneidet. Zu den von den württembergischen Sitten- und Moralisten nicht genehmigten Schriften gehören u. a.: „Der Mensch Jesu“ und „Das historische Charakterbild“ von G. Lschirn, „Ernte Gedanken“ von M. v. Geyd, „Weihnachtsgedanken zur Verwirklichung wahren Christenthums“ von Th. v. Wächter, „Die Frau und der Sozialismus“ von Bebel.

Für den Inhalt der Anzeigen über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 21. Februar.
Spernhaus. Margarethe.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich
 von Homburg.
Lesung-Theater. Madame Sans-
 Gène.
Deutsches Theater. Der Herr
 Senator.
Wallner-Theater. Mauerblümchen.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.
 Die Brautjungfer.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Neues Theater. A basso porto.
Berliner Theater. Nora.
Central-Theater. Ein Witzmädel.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
 Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des
 Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Charley's
 Tante. Vorher: Die Bajazzi. Hierauf:
 Der Teufel in Berlin.
National-Theater. Romeo und
 Julia.
American-Theater. Lumpen-Su-
 sanne, oder: Die Obdachlosen von
 Berlin.
Theater Unter den Linden. Der
 Obersteiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vor-
 stellung.
Reichshaller-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
 Volksvorstellung
 zu bedeutend ermäßigten Preisen.
„Romeo und Julia.“
 Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.
 Regie: Max Samst.
 Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. — Anfang
 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Volksvorstellung.
 In Vorbereitung: „Die Weber.“
 Schauspiel in 4 Akten.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
 Zum 1. Male:
Ein Blitzmädel.
 Pöffe in 4 Akten von Karl Costa.
 Musik von C. Müllner.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
 Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die Bajazzi.
 Parodistische Pöffe mit Gesang in 1 Akt
 von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
 Musik von Franz Roth.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Strasse 55.
 Jeden Abend 8 1/2 Uhr:
Lumpensusanne
 oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
 Parodistisch-realistisches Traumbild aus
 dem Mißwinkel (frei nach dem Ver-
 brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
 Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“,
 ein schon geprüftes Mädchen
 Franziska Häser.
 Die Bombe, Asterovermieterin im Miß-
 winkel des „Sonnenaufgangs“
 Josephine Delcisseur.
 Brunwald — mit bewegter Vergangen-
 heit
 Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Zeitzeit
H. Blank.
 Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
 von Martin Bendix,
 sowie Hugo Schulz, Alfred Bender.
 Anfangs Wochentags 7 1/2 Uhr,
 Sonntags 6 1/2 Uhr.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Letztes Gastspiel
Truppe Hassoni.
Die Baby's.
Echt Berliner Blut.
Riesen-Programm.
 Entree 15 Pf. Reserviert 30 Pf.
 R. Winkler.

„Sanssouci“,

Kottbuserstr. 4a.
 Donnerstag, den 22. Februar cr.:
Stettiner
Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf
 40 Pf.
 (siehe Plakate).
 Großes
ULK-
 Programm.
 Zum Schluß:
Auf dem Maskenball.
 Ensemble von Mensel.
 Freitag: Viktoria-Bräuerei.

Gratweil'sche

Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Kelt. u. größt. Etablissement Berl.
Täglich abwechselnd. Programm
bei freiem Entree
 der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska“
 und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler.
 Derselbe wird innerhalb 15 Minuten
 ein Delgemälde malen, welches nach
 Schluß der Vorstellung gratis ver-
 loost wird.
 Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
 3 Kegeltischen. 6 Billards, pro
 Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Gambrius.
Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten
 sind noch an verschiedenen Tagen
 zu haben.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
und Konzert
 von nur Künstlern I. Ranges.
 Auftreten der Elite-Parterre-
 Akrobaten u. Pantomimentruppe
Hermandez. Ein Liebes-
abenteuer. Komische Orig.-
 Pantomime. Fräulein Berkany,
 Kostüm-Soubrette. The Willon's,
 Dopp.-Jongleure. Geschw. Gläser,
 Gesang u. Instrument. Duettisten.
 G. Cordes, Gesangs-Humorist.
 Anfang: | Sonntags 6 Uhr.
 | Wochentags 8 Uhr.
 Entree Wochentags 50 Pf.
 A. Zimmermann.

Passage-

Panopticum.
 Im Theater-Saal,
 ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
 Liederspiel
 von R. Lindere.
 Auftreten sämtl.
 Spezialitäten.

Castan's

Panoptikum.
 Ecke Friedrich- und Behren-Strasse.
 Nur noch kurze Zeit:
Märchen-Cyclus.

Circus Renz.

(Barlstraße.)
 Mittwoch, den 21. Februar cr.,
 Nachmittags 4 Uhr:
Extra Gala-Vorstellung.
 Der oßtr. Hengst Blondel u. Monstre-
 Tableau von 60 Pferden, vorgef. vom
 Dir. Fr. Renz. Das Schulpferd Prinz,
 ger. von Herrn R. Renz. Der Clown
 Merkel m. f. Esel Pipifax. Die gr.
 Tremplinsprünge über 10 Pferde. Ka-
 vallerie zu Fuss. Mr. Lavater Lea. zc.
 Preise der Plätze: Sogenitz 6 M.,
 Sperritz u. Tribüne 4 M., 1. Rang
 Balkon 2 M., 2. Platz 1 M., 3. Platz
 (Galerie) 50 Pf.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Auf auf zur frühlichen Jagd!
 Original-Sportschauspiel mit Parforce-
 u. Kadlodenritt vom Direktor Fr. Renz.
 Austr. sämtl. Künstlerpezial. ersten
 Ranges. Preise wie gewöhnlich.
 Donnerstag: Auf auf zur frühlichen
 Jagd!
Fr. Renz, Direktor.

Als Vermählte empfehlen sich
Albert Fricke
 Bertha Fricke geb. Krüger.
 Berlin, den 20. Februar 1894. [1873b]

Dem Uhrmacher **August Hallert** zu
 seinem heutigen Wiegensfest ein dreimal
 donnerndes Hoch. **H. J. T.**

Unserm Kneipkollegen **W. Döbler**
 zu seinem 23. Wiegensfest ein dreimal
 donnerndes Hoch, daß Gulen seine Bude
 wadelt. **Seine Stammbrüder.**

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die
 traurige Mitteilung, daß der Maurer
Albert Leidig
 nach kurzem und schwerem Leiden am
 19. Februar gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Freitag,
 den 23. d. M., Nachm. 2 Uhr, von
 der Leichenhalle des Krankenhauses am
 Urban aus statt. 1873b

Nur noch kurze Zeit!
Präuscher's anat. Museum.
Ren: Kehlkopf-tuberkulose, Kehlkopf-
 polyp, Brustfellentzündung,
 Lungenentzündung, Lunge mit Tuberku-
 lose, Herz mit Klappenfehler, Magen
 mit Entzündung, mit Geschwären,
 Leber- und Milzkrankheiten.
Schulskanal durch fünf Körper,
Gladiatorenkampf,
 täglich für erwachsene Herren, Dienstag
 und Freitag für **Damen.**

B. Nieff's Säle
Weber-Strasse 17.
 März noch Sonnabend (s. d. Vereins-
 gimmer sind nach täglich zu vergeben.)

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
 empfehle meine hocheleganten Säle
 zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Wwe. E. Schmiedel.

!! Roh-Tabak !!
 Sämtl. in- u. ausländischen Sorten,
 gute Qualität, tadelloser Brand,
 in billiger Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-
Brunnenstr. 185.
 Formen (Bodfoorn) wieder
 vorrätig.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
 am besten Platz wie bekannt
grösste Auswahl!
 Garantie für sicheren Brand.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

66. Resterhandlung. 66.
 Billig Reste zu Knaben-Anzügen von
 1 M. Große Anzüge von 7 M. an
 bis zum feinsten Kammgarn, auch pass.
 zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-
 wahl in Paletotstoffen, sowie zu Herbst-
 und Wintermänteln, Jaquets, Plüsch,
 Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.
 Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch
 angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Roh-Tabak
Detail-Verkauf
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45. [1811b]

Zur
Einsegnung:
 Große Auswahl
Schwarze Cachemirs,
 reine Wolle, doppeltbreit,
 Mtr. 75 Pf., 1 M., 1 M. 25 Pf.,
 1 M. 50 Pf., und 2 M.
Schwarze Diagonale,
 reine Wolle, doppelt breit,
 Mtr. 65 Pf., 1 M. 25 Pf., 1 M.
 50 Pf. und 2 M.
Schwarze Phantasiestoffe,
 reine Wolle, doppeltbreit,
 Mtr. 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M.
 50 Pf., und 2 M.
Schwarze Jaquets,
 in den Größen genau passend,
 für Konfirmanden,
 7 M. 50 Pf., 9 und 10 M.
 Fortlaufend Eingang neuester
Frühjahrs-
Kleider-Stoffe.
 Große Auswahl moderner
Regen-Mäntel.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstraße,
 Ecke Lindenstraße.

Brockhaus Lexicon
 kauft J. Sauer, Raupachstr. 2. [646M]

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Donnerstag, den 22. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:
Große Versammlung
 in Brochnow's Salon, Sebastianstr. 39.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herbert-
 Stettin. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei Gottfried Schulz, Kottbuser
 Thor; Börner, Ritterstr. 106; Flick, Simeonstr. 23; Voss, Köpnickerstr. 39a;
 Schöning, Stadtschreiberstr. 29; Böhm, Dresdenerstr. 57; Lenz, Alte Jakob-
 straße 69; Wolsdorf, Wasserthorstr. 20. 467,8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Sonnabend, den 24. Februar, im Schweizer-Garten:
5. Stiftungs-Fest,
 bestehend in Gesang, komischen Vorträgen, Theatervorstellung und Ball,
 unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Freie Liedertafel“ (M. d. U.-S.-B.),
 sowie des Komikers Herrn Lewandowsky. Festrede gehalten vom Reichstags-
 Abgeordneten Robert Schmidt. Anfang 8 Uhr. 379,6
 Um zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**
 Billets à 25 Pf. sind in den Zahlstellen P. Krüger, Gartenstr. 10, P. Weber,
 Landsbergerstr. 41, Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27, Richter, Neue König-
 straße 90, Achilles, Greifswalderstr. 210, und in allen mit Plakat belegten
 Handlungen zu haben. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Berein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins

und Umgegend.
 Donnerstag, den 22. Februar cr., Abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Saale des Herrn Brochnow, Sebastianstraße Nr. 39.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Fr. Wilke. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Die Mitglieder werden ersucht, die Vereinsversammlungen regelmäßiger
 als bisher zu besuchen. 476,6
Der Vorstand.

Metallarbeiter und -Arbeiterinnen!

Donnerstag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
 sämtlicher Metallarbeiter u. -Arbeiterinnen
 in der Brauerei Friedrichshain, am Königschor.
 Tagesordnung:
 1. Der 1. Mai und die Beschlüsse des Parteitag. Referent: Genosse
 Reichstags-Abgeordneter Schultz-Königsberg.
 2. Diskussion.
 3. Bericht und Abrechnung des Vertrauensmannes.
 4. Wahl der Revisoren.
 5. Wahl der Vertrauensmänner. 238/16
 Der wichtigen Tagesordnung wegen werden sämtliche Kollegen und
 Kolleginnen gebeten, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Einberufer. R. B e g n e r, Oranienstr. 28a, v. 3 Tr.

Echt Stonsdorfer

Bisfor à Pfr. 1,20, 5 Pfr. 5,50, 10 Pfr. 10, 50 Pfr. 47,50, 100 Pfr. 90 Mark.
Eugen Neumann & Co., Inh. Conrad Neumann,
 6a, Belle-Alliance-Platz 6a. 610M
 81, Neue Friedrichstraße 81. 8, Oranienstraße 8.

Aktien-Brauerei-Gesellschaft

Moabit.
 Mit dem Versand unseres vorzüglichen, aus den feinsten
 Rohmaterialien hergestellten: 5619L*

Kloster-Bockbieres

haben wir begonnen und empfehlen dasselbe in Flaschen u. Gebinden:
20 1/2-Liter Flaschen für Mk. 3.-
1/2 Tonne für Mk. 4.50
 frei Haus oder frei Bahnhof Berlin.
 Telegramme: Brauerei Moabit. 11-16.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW, Benthstraße 2.
 Soeben ist erschienen:
Sozialdemokratie
 und
Antisemitismus.
 Von
A. Bebel.
 Preis 20 Pf. Wiederverkäufer hohen Rabatt.
 (Bei Einzelbestellungen bitten wir 3 Pf. für Porto beizulegen.)
 Die höchst zeitgemäße und von Seiten der Genossen längst
 erwartete Schrift empfehlen wir zur Massenverbreitung an-
 gelegentlich.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 43.

Mittwoch, den 21. Februar 1894.

11. Jahrg.

Parlamentarische Berichte.

Deutscher Reichstag.

54. Sitzung vom 20. Februar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf von Caprivi, Geh. Rath Kayser.

Die zweite Beratung des Kolonialgesetzes wird fortgesetzt und die gestern nicht zu Ende geführte Debatte über den Spezialetat für Kamerun wieder aufgenommen.

Abg. Lieber (3.): Herr Bebel hat gestern wieder bei der Behandlung des Verfahrens des Gouverneurs Leist und anlässlich der Durchpfeifung der Dahomehweiber von den deutschen Kulturträgern und der christlichen Zivilisation gesprochen. Er verurteilt mit solchen abschätzigen Ausstellungen nur sich selbst und einen Standpunkt; denn was hat diese, falls erwiesen, in höchstem Grade verwerfliche und mißbräuchliche Handhabung der Gewalt in unserm Schutzgebiet mit dem Christentum, mit dem Christentum zu thun? Die Kolonne hat Geißeln erschossen. Wie würde es Herrn Bebel gefallen, wenn ich von diesem Verfahren als einem Kulturinstrument zur Verbreitung sozialdemokratischer Zivilisation spräche? Das Verfahren des Kanzlers Leist verurteilt das Zentrum aufs schärfste. Was den Sklavenhandel betrifft, so haben wir gegen den Antrag Ebnis, betreffend die Befreiung des Sklavenhandels, gestimmt aus den Gründen, als welchen schon 1891 dasselbe Verlangen in der Regierungsvorlage vom Hauße abgelehnt worden ist. Dagegen hat der „Vorwärts“ uns direkt verdächtigt, unser Christentum als lässlich bezeichnet, weil wir den Antrag Ebnis abgelehnt hätten. Man weiß doch ganz genau, daß die Resolution, welche die Befreiung des Sklavenhandels und Sklavenraubes verlangt, mit diesem Zusatz abgelehnt worden wäre. Es handelt sich bei der Resolution lediglich um Reichsangehörige. Der „Vorwärts“ sagt, wir hätten gegen den Zusatz gestimmt, weil unser Christentum uns nicht erlaubt, deutsche Reichsangehörige, die Sklavenhalter sein sollten, unter Strafe zu stellen. Eine solche Behauptung kann nur das Produkt einer außerordentlichen Vergeßlichkeit sein; denn für Reichsangehörige steht schon seit 1866 das Sklavenhalten unter Strafe. Mit einem Antrage in dieser Richtung würden wir lediglich offene Thüren eingerannt haben. Das hat der Abg. Ebnis auch nicht mit seinem Antrage beabsichtigt. Schon 1891 hat man hier eine Aeußerung des Kardinals Lavigerie verlesen, welche die plötzliche Abschaffung des Sklavenhaltens für Wahnsinn erklärt; dergleichen eine Aeußerung des Vater Schuppe, der den Gedanken, einen Jahrhunderte alten Zustand, wie den der Negersklaverei, plötzlich mit Votoren ändern zu wollen, gleichfalls als Wahnsinn bezeichnet. Forderungen, wie diese plötzliche Aufhebung, konnte also nur die politische Unvernunft des sozialdemokratischen Parteiblattes erheben. Gerade um die allmähliche Beseitigung dieses Schandflecks zu ermöglichen, treten wir so warm für die Missionsthätigkeit ein.

Abg. Schall (L.): In ganz ungebührlicher Weise sind einzelne Vorfälle in der Kolonialverwaltung hier aufgebauscht und ins Breite gezogen worden, namentlich von den Sozialdemokraten. Ganz unbedeutende Angriffe sind gegen die Missionen gerichtet worden. Warum hat man die Krante aus Afrika kommen lassen? Ich muß annehmen, Sie (zu den Sozialdemokraten gewendet) werden sie nicht dem Museum überliefern, sondern sie in Ihrem Arsenal aufhängen, um sie später als Modell zu benutzen; denn in Ihrem Zukunftsstaat werden Sie die Krante nicht ganz entbehren können, der Zukunftsstaat wird von der Sklaverei nicht so weit entfernt sein. Ich spreche Ihnen jedes Recht ab, sich dieser armen Afrikaner anzunehmen; wer den Menschen das Jenstetis abpricht hat kein Recht dazu.

Wirklicher Geh. Legationsrath Kayser: Ich kann nur wiederholen, daß ein unparteiischer Beamter hinausgeschickt worden ist, um zu untersuchen, ob und was an dem Vorwurf gegen den Kanzler Leist sich als begründet herausstellt. Je nach dem Ausfall wird die Entscheidung getroffen werden. In betreff des Sklavenhaltens bin ich mit dem Abg. Lieber vollständig einverstanden. Die Hausflaverei ist in Afrika geradezu das, was die soziale Frage in Europa ist. Allmählich aber wird vorwärts gegangen. Die Sklaven werden mit ihren Klagen vor unseren Gerichten zugelassen und bei ihnen managiert an der Erwerbung der Anschauung gearbeitet, daß sie nicht Sache, sondern Personen sind. Wenn man mit genügender Zeit läßt, wird es auch in dieser Beziehung in nicht zu ferne Zeit soweit sein, daß wir auch den Rechtszustand ändern können. Die Vorgänge, die sich in Dahomeh abgespielt haben, zeigen aber, daß es mit dem plötzlichen Umschwung nicht gehen würde. Zwischen den evangelischen und den katholischen Missionen wird gemäß den Weisungen des Reichskanzlers an das Kolonialamt, kein Unterschied gemacht. Der Wörmann-Dampfer ist einem libanesischen Kriegsschiffe begegnet; dieses verlangt die Auslieferung der 21 Schwarzen als Geißeln und der Kapitän des Wörmann-Dampfers hat sich diesem Verlangen gefügt, weil er sich zur Auslieferung verpflichtet glaubte. Später sind diese Neger nach Kamerun zurückgeführt worden. Was Herr Bebel aus diesem einfachen Thatbestande macht, erinnert an die Formel, wonach auch, wenn ein Droschkenkavalier stürzt, die bestehende Gesellschaftsordnung dafür verantwortlich zu machen ist. In der Angelegenheit Wölber und Brohm haben wir dem Entgegenkommen der französischen Regierung zu verdanken, daß die Haft des Agenten der Firma abgelehnt und als Strafe nur die einfache Landesverweisung verhängt wurde. Wenn die Firma sich auf ein Kolonialgesetz beruft, welches den Verkauf, wie sie ihn vorgenommen, gestattet, so ist das um so mehr würdiger, als diese Bestimmungen erst zwei Jahre nach dem Beginn dieser Geschäfte der Firma erlassen worden ist. Unnütz ist auch, daß die kaiserliche Regierung Sklaven angekauft und auf kaiserlichen Schiffen transportiert habe; es handelt sich um Sklaven, welche ohne Vorwissen der Regierung von Herrn v. Grauert angekauft waren. Mißbräuchliche Umstände stehen allerdings der Firma auch zur Seite. In Dahomeh stand Leben und Eigentum jedes Europäers jeden Augenblick unter der Willkür eines blutdürstigen Tyrannen; dadurch wird manches in dem Verhalten der Firma erklärlich. Die Angelegenheit gereicht uns nicht zur besonderen Ehre. Wir haben keinen Vertuschungsveruch gemacht, obwohl die Sache unsere Kolonialverwaltung gar nichts angeht. Im übrigen darf ich mitteilen, daß der Reichskanzler bereits Weisung gegeben hat, einen Gesandten betreffend die Befreiung des Sklavenhandels und Sklavenraubes auszusenden.

Abg. Graf Arnim bleibt dabei, daß die Zahlung von Sold die Meuterei verhindert hätte; andererseits habe der Reichskanzler Unrecht, wenn er sage, es wäre nichts vorgefallen, bis plötzlich die Meuterei kam. Diese Aeußerung riecht im Widerspruch mit den Ausführungen des Herrn Leist selbst. Dieser hebt ja selbst hervor, wie die Unzufriedenheit unter den Leuten entstanden und gewachsen sei.

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich bin in meiner Ueberzeugung davon, daß die Motive der Meuterei dem Kanzler Leist nicht lange vorher gemäht waren, durch die Ausführungen des Grafen Arnim nicht erschüttert.

Abg. Weich (fr. Sp.): Das Kolonialamt hat diese Vorgänge durch eine rosenrote Brille angesehen, während dieselben doch eine dunkle Färbung haben. Die „Vossische Zeitung“ hat bereits vor einiger Zeit in scharfer Weise das Urtheil abge-

geben, daß wir in Kolonialkreisen sehr unzufrieden mit der Verwaltung in Kamerun und daß deren Sündenregister sehr groß sei. Ein Erlaß über das Honneurmachen ist vordem in Afrika bereits in Kamerun ergangen durch den Kanzler Beblau. Vorkamer war sich allerdings der Gefahren bewußt, denen er entgegen ging, aber er konnte nicht annehmen, daß man ihn mit seiner Ausrüstung so lange allein lassen würde. In längstens drei Monaten war ihm das Nachfolgen einer Expedition in Aussicht gestellt. Aber man hat fast ein Jahr darübergehen lassen. Allein auch so hätte man durch Boten sich mit Herrn Vorkamer in Verbindung setzen können, da die Entfernung nur 200-250 Kilometer betrug. Das Gouvernement war thatsächlich schon August 1892 davon unterrichtet, daß Vorkamer ungenügend mit Munition versehen war; das geht aus der amtlichen Kolonialzeitung hervor. Ebenso ist es mit der Verpflegung sehr schlecht gehalten worden, wie der Bericht des Chefs Namjan beweist. Es ist auch die Geschichte mit dem Tagebuch nicht genau angeklart. Warum wird das Stationslogbuch nicht an den Tag gebracht? Die Familie hat wegen der Herausgabe sogar die Klage erhoben.

Abg. Bebel: Ich habe nicht behauptet, daß die Freigabe der Neger auf dem Wörmann-Dampfer aus deutschem Gebiet erfolgt ist und deutscherseits verschuldet sei, sondern ich habe verlangt, daß das Deutsche Reich seinen Einfluß geltend mache, daß solche Vorgänge sich nicht wiederholen. Nach den offiziellen Mittheilungen hat sich die Sache etwas anders zugetragen, als es in unserer Parteipresse dargestellt wurde. Ich konstatire aber doch, daß dieser ganze Vorfall erst durch unsere Presse in die Öffentlichkeit gekommen ist, daß sie im Interesse der deutschen Ehre ihre Schuldigkeit thut. Darum halten wir uns verpflichtet abzuweisen, was der deutschen Ehre und dem deutschen Namen Schande und Schaden machen könnte, rücksichtslos zur Sprache zu bringen. Die Mißbräuchlichkeiten als christliche Kulturmittel zu bezeichnen, hatte ich ein volles Recht, denn seit Inaugurierung der Kolonialpolitik wird es als die vornehmste Aufgabe hingestellt, die christliche Kultur in Afrika zu verbreiten und man würde es lebhaft zurückweisen, wollte ich die Herren Wölber und Brohm und Wörmann keine guten Christen nennen. Um so mehr war es unsere Pflicht, die Mittel dieser „christlichen Kultur“ öffentlich zu brandmarken. Herr Lieber hat das Votum des Zentrums gegen den Antrag Ebnis damit entschuldigt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen es in Afrika nicht möglich sei, mit einem Schläge die Hausflaverei zu beseitigen. Damit hat aber das Zentrum bewiesen, daß es nicht den christlichen, sondern den ökonomischen Grundgedanken Rechnung trägt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist die schlagendste Illustration für meine neuliche Behauptung, daß der Kulturgrad nicht durch die Religion bestimmt wird, sondern die Religion durch den Kulturgrad. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nach Ihren christlichen Grundgedanken müßten Sie ausgesprochene Feinde der Hausflaverei sein und doch treten Sie jetzt für die Hausflaverei ein, weil Sitte, Gewohnheiten und ökonomische Bedingungen der dortigen Gegend die Hausflaverei vorerst noch notwendig machen. Die „Post“ sagt von unserem Sonnabendbrief: zwar behielt Herr Lieber das letzte Wort, aber die dialektischen Waffen Bebel's erwiesen sich stärker als die seinigen. Ich bestreite nicht, daß das Christentum grundsätzlich der Sklaverei feindlich ist, ich bestreite aber, daß das Christentum von allem Anfang an bestanden gewesen ist, die Sklaverei abzuschaffen. Das Christentum hat es ausgezeichnet verstanden sich den jeweiligen Kulturforderungen anzupassen und als es in Deutschland Boden faßte, hat es gar keinen Anstand genommen, die Sklaven zur Bewirtschaftung der Klostergüter u. s. w. beizubehalten. Im Mittelalter wurden unter den Augen des Papstes in Rom Sklavenmärkte abgehalten. Ein Mann, der Ihnen nahe steht, Tollinger (Widerpruch im Zentrum) — Sie sprechen ihm die Autorität erst ab, seitdem er sich gegen die Infallibilität des Papstes erklärt hat, vorher aber war er ein Ihrer größten Kirchenlichter — hat in seinen akademischen Reden den Satz aufgestellt, daß für Afrika nicht das Christentum, sondern eigentlich der Muhammedanismus die entsprechende Religion sei. Das Christentum hat sich allen Formen angepaßt, es hat die Heirath vertheidigt und die Leibeigenschaft und den Bauernaufstand zur Reformationszeit aufgrimmigste bekämpft. Das Gesetz nicht bloß von katholischer Seite. Auch Luther hat die Leibeigenschaft vom Standpunkt des Christentums in Schutz genommen. (Nedner zitiert die betreffenden Stellen.) Erst seit dem 17. Jahrhundert ist man auf Betreiben der englischen Regierung dazu übergegangen, in den Kolonien allmählich die Sklaverei abzuschaffen. Die christliche Geistlichkeit fand es vollständig mit den christlichen Lehren übereinstimmend, die Sklaverei aufrecht zu erhalten. Und wer trat in den 60er Jahren am eifrigsten gegen die Sklavenbewegung auf? Die protestantische und katholische Geistlichkeit in allen Kulturländern Europas. Die konservativen Zeitungen, allen voran die „Arenz-Zeitung“, standen auf Seite der Vertheidiger der Sklaverei. In einem gut christlich-katholischen Staate, in Brasilien, bestand die Sklaverei noch bis vor einem halben Jahrzehnt. Das Christentum hat sich mit der Sklaverei meisterlich abgefunden, ebenso wie mit der Lohnflaverei und in ähnlicher Weise auch noch eines Tages mit dem Sozialismus. Wer ist bei der lex Heinze für Prege- und Lattenstrafe eingetreten? Die Sozialdemokraten waren es nicht. Wir sind Freunde des Fortschritts, der Menschlichkeit auf allen Gebieten gewesen und müßten es sein, wenn wir überhaupt Boden gewinnen wollten. Pastor Schall, vielleicht ein Bruder des Abgeordneten, hat in einem Buch einen guten Theil der Forderungen der Sozialdemokratie anerkannt. Daß auch die protestantische Geistlichkeit es verstanden hat, sich mit etwas abzufinden, was kaum mit der christlichen Lehre zu rechtfertigen ist, beweist, daß Melancthon nichts gegen die Lappelle des Lohndrogers von Fessen einzuwenden hatte. (Präsident v. Levechow ersucht den Nedner, nach Kamerun zurückzutreten.) Herr Schall hat spöttisch von unserem nationalen Interesse gesprochen. Nun, die Partei, die hinter ihm steht, war bis vor kurzem die wüthendste Feindin der Einheit und Freiheit Deutschlands. Sie (rechts) sind an der deutschen Einheit nicht schuldig. Herr Schall sagte, man sei nicht gewohnt, von der Thätigkeit der Missionsgenossenschaften in emphatischem Tone zu sprechen. Nur schade, daß er kurz darauf von dem einen Regierungsrath so emphatisch sprach, als hätte er tausende von solchen Unteroffizieren aufzuweisen. Die Mißbräuchlichkeiten würden wir in unserm Zukunftsstaate nicht als Modelle benutzen, sondern als abschreckendes Beispiel Ihrer Kultur im Museum aufhängen. In bezug auf die Missionen haben Sie keinen Grund, den Mund so voll zu nehmen. Der Inspektor der Wafeler Missions-Gesellschaft, Herr Graul, hat öffentlich erklärt, daß die Missionäre selten die Bildung haben, um die dortigen Verhältnisse richtig aufzufassen und beurtheilen zu können. So scharf hat ich mich gar nicht ausgesprochen. Auf die Thätigkeit der Krankenschwestern bei der Meuterei in Kamerun einzugehen, hatte ich keinen Anlaß, weil es sich für mich nur darum handelte, die Ursachen festzustellen, die zu jener Meuterei geführt haben. Ich konstatire aber, daß der Pastor Schall in seiner ganzen Rede auch nicht ein einziges Wort der Verurtheilung gegen die schreckliche Mißhandlung der Dahomehweiber gehabt hat. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schall (L.): Wenn dort Schrecklichkeiten vorgekommen sind, werden wir sie noch ganz anders verurtheilen, als die Herren da drüben; unsere christliche Theilnahme steht himmelhoch über Ihrer Gleichheit und Brüderlichkeit. Haben sich protestantische Stimmen für die Beibehaltung der Sklaverei in Nordamerika ausgesprochen, so ist das doch nicht aus christlichen, sondern aus politischen Rücksichten geschehen. (Auf bei den Sozialdemokraten: Das behaupten wir ja gerade!) Damit wird aber nichts widerlegt. Pastor Schall in Wahrenthell theilt mit mir nur den Namen und die Liebe zu der Aufgabe, das Loos der arbeitenden Klassen zu verbessern. Von seiner schwärmerischen Vorliebe für direkte Unterhandlungen mit den Sozialdemokraten ist er längst zurückgekommen; er hat mir selbst gesagt, als er aus einer sozialdemokratischen Versammlung kam: Ich bin in einer Pesthöhle gewesen! (Lachen links.) Unsere Partei als nicht national gesinnt hinzustellen, ist doch vergebliche Mühe.

Abg. Lieber (3.): Der Abg. Bebel hat sich in einer ganzen Reihe von Angriffen auf das Christentum ergangen, die er aus dem Schutze seiner geschichtlichen Kenntniss geschöpft hat. Die Größe des Christentums, die ideale Erhabenheit des Christentums bei seinem Gange durch die Weltgeschichte können Sie nicht verstehen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Sie klammern sich an Menschlichkeiten, an Schattenseiten aus der Geschichte des Christentums und geben das für Geschichte aus. Die ganze alte Kultur bot Julianus Apostata gegen die junge Kultur des Christentums auf und da sagt Herr Bebel, die christliche Religion sei durch die Kulturentwicklung geschaffen.

Abg. Bebel: Die zitierten Aussprüche Luther's habe ich wörtlich seinen Schriften entnommen. Mit dem Bestreiten der Thatfache, daß Luther solche Grundzüge, wie mitgetheilt, gehabt hat, ist es also nicht so weit her. Das römische Reich hatte in seiner Kultur denjenigen Fäulnisgrad erreicht, der notwendig war, um die christliche Kultur zur Geltung kommen zu lassen, und die leitenden Grundzüge des Christentums sind schon Jahrhunderte vorher von Sokrates, Plato u. s. w. verkündet worden. (Aubröckeln rechts und im Zentrum.) Daß Sie darüber lachen, ist selbstverständlich. Sie glauben ja an das Christentum als an eine von Gott geoffenbarte Religion. Das Christentum ist seiner Lehre nach allerdings ein Feind der Sklaverei und jeder menschlichen Unterdrückung, aber die Kirche hat es stets verstanden, sich mit den jeweiligen Zuständen abzufinden und darauf allein kommt es an. Die Vertreter des Christentums, repräsentiert durch die Kirche, haben allezeit ihre Grundzüge preisgegeben, wenn es ihren Interessen, ihrer Herrschsucht, ihren Vortheilen entsprach.

Damit schließt die Diskussion. Die Ausgaben für das Schutzgebiet der Kamerun werden bewilligt.

Bei dem Spezialetat für Logo (Einnahmen und Ausgaben 186 000 M.) ermahnt Präsident v. Levechow die Mitglieder, in den weiteren Erörterungen nicht zu sehr ins Allgemeine abzuschweifen. Man habe viel über christliche und heidnische Kultur, über Luther und Julianus Apostata, über Liberia und den nordamerikanischen Freiheitskrieg gehört (Geklettert); es sei an der Zeit, jetzt zum Kolonialetat zurückzutreten.

Der Etat für Logo wird ohne Debatte bewilligt.

Bei dem Etat für das Südwestafrikanische Schutzgebiet, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 1 027 000 M. balancirt und einen Reichszuschuß von 1 000 000 (bisher 267 800 M.) erfordert, geht

Abg. Hammacher (nl.) sehr ausführlich auf die jüngsten Vorgänge in dieser Kolonie ein. Die Entwicklung der Kolonie habe sich in der erspriechlichsten Weise gehalten. Alles schien vortrefflich zu gehen, als plötzlich die neuesten Vorgänge den ganzen bisher erreichten Erfolg in Frage gestellt haben. Der Kommandeur habe sich nicht nur über die Stärke Hendries getäußt, sondern auch über die ganze militärische Lage der Kolonie, obwohl schon seit 1892 unausgesetzt die Forderungen Herrmann's erhoben wurden. Jetzt sei der Schaden da, jetzt stehe fest, daß Herr v. François nicht der richtige Mann am richtigen Platze sei; trotz aller Vertheidigungsversuche, welche der Reichskanzler schon gestern gemacht habe, kommt Nedner mit der Budgetkommission zu dem Schlusse: Herr v. François muß abtreten werden!

Abg. Bebel: Südrückland ist zu weiter nichts als zu einer kleinen Viehzuchtkolonie geeignet. Die Denkschrift hält zwar auch landwirthschaftliche Betriebe für möglich, aber im drastischen Widerspruch mit der dortigen Schilderung steht diejenige, welche Graf Caprivi am Sonnabend von dieser Kolonie gab. Nach seiner Schilderung muß jeder Wagen mit 15 Ochsen bespannt sein, um in dem Sand vorwärts bewegt zu werden; Wasser fehlt überall, so daß künstliche Zisternen angelegt werden müssen. Die Anlage, welche Herrmann betrieb, ist ihm nur durch ein sehr erhebliches Reichthum möglich geworden; es ist Täuschung, zu glauben, daß ohne weiteres ähnliche landwirthschaftliche Betriebe in derselben Weise ins Leben gerufen werden könnten. Die einzelnen Ansiedelungen werden immer sehr weit auseinander liegen und ihre Schutz wird stets ungeheure Kosten erfordern. Seit 1879 hören wir hier im Reichstage, die deutsche Landwirtschaft könne unter der Konkurrenz des Auslandes nicht mehr bestehen, man will die Einführung eines Zollzollens und dergleichen. Nun kann in Südrückland nur die Schafzucht Aussicht auf Erfolg haben. Trit dieser Erfolg ein, dann werden doch unsere Agrarier um so heftiger nach dem Zollzoll schreiben. Was ist denn das für eine sonderbare Politik? Mit jeder Vermehrung des Angebots der Wolle müßten doch die Klagen über die Konkurrenz immer lauter werden. Diesen Widerspruch können Sie nicht lösen. Bei der Einnahme von Hoornkraus ist eine ganz ungewöhnlich große Zahl von Frauen und Kindern unter den Getödteten gefunden worden, und es ist behauptet worden, daß die Schutztruppe sie niedergemetzelt habe. Ich wünsche Aufklärung darüber, wie es sich mit dieser Behauptung verhält. Die Kolonialpolitik in diesem Gebiete leidet an völliger Erfolglosigkeit. Seit Jahren ist unsererseits darauf hingewiesen worden, daß die Kosten für dasselbe immer größer werden müssen. Die topographischen Verhältnisse sind für uns außerordentlich ungünstig. Wir werden gegen diesen Etat stimmen.

Abg. Graf Arnim ist ganz entgegengesetzter Ansicht. Südwestafrika sei eine unserer besseren Kolonien, eine unserer Zukunfts-kolonien.

Direktor Kayser: Es ist doch sehr fraglich, ob ein anderer als Major von François einen andern oder bessern Erfolg in Südwestafrika gehabt hätte. Zu einem abschließenden Urtheile darüber, ob ihm ein Verschulden trifft, fehlt es zur Zeit durchaus an genügenden Unterlagen.

Abg. von Guay (nat.) hält es für angemacht, daß die südwestafrikanische die einzige Kolonie ist, nach der eine deutsche Ansiedelung möglich ist und wo die deutsche Ansiedelung Früchte tragen kann.

Der Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet wird genehmigt, ebenso der Reichszuschuß und die aus Reichsmitteln zu zahlenden Ausgaben für die Verwaltung der sämtlichen Schutzgebiete. Damit ist der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Initiativanträge.)

19. Sitzung vom 20. Februar. Vormittags 11 Uhr.
Für Ministerlich: von Berlepsch, Miquel, von Seyden.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Aufführung und Gewinnung der Kali- und Magnesiumsalze.

Minister v. Berlepsch: Auf eine Anregung des Abg. Schulz-Lupitz, das für eine Verbilligung der Kalisalze...

Minister v. Berlepsch: Auf eine Anregung des Abg. Schulz-Lupitz, das für eine Verbilligung der Kalisalze und für den Schutz der Produktion derselben Sorge getragen werden möge...

Abg. Gotheim (Hess. Sa.): Der Privatmann hat doch auch ein Interesse an dem Schutze seines Bergbaues...

Abg. v. Cnatten (Z.): spricht seine Befriedigung über die Vorlage aus, weil sie geeignet sei, einem bedenklichen Raubbau entgegenzutreten...

Abg. v. Kötlichen (L.) begrüßt namens seiner Freunde die Vorlage mit Freuden, weil dadurch ein Raubbau verhindert wird...

Abg. Schulz-Bochum (Nl.) hält einen so tiefen Eingriff in die Bergbaufreiheit nur dann für berechtigt, wenn überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses dafür sprechen...

Abg. Imwinkel (Z.) ist, wie das ganze Zentrum ein Gegner von Monopolen; aber hier liegen die Gefahren eines solchen in nebelgrauer Ferne...

Minister v. Berlepsch: Durch ein Ausfuhr-Verbot kann eine Beschränkung des Konsums der Salze im Auslande eintreten...

Abg. Langerhand (Hess. Sp.) erklärt in der Vorlage eine Schädigung der Landwirtschaft und eine ungemessene Begünstigung derjenigen Besitzer von Privat-Kaliverken...

Abg. v. Püttamer-Oblau (Konf.): Die Ausfuhr sei nicht bedenklich, namentlich da das Ausland meist Fabrikate bezieht...

Abg. Wallbrecht (natl.): Die Berechtigung der Grundeigentümer auf die unter ihrem Boden vorhandenen Salze besteht nicht erst seit 1867...

der werthvolle Schatz der Kalisalze gefährdet werden könne, das halb tolle das Syndikat geschäftigt werden durch die Einführung des Monopols.

Abg. Schmieding (natl.): Nur die schwerwiegendsten Gründe können einen solchen Einbruch in die Bergbaufreiheit rechtfertigen, aber solche Gründe sind nicht nachgewiesen...

Abg. von Schalscha (Z.): Eingriffe in das Eigenthum haben wir schon öfter erlebt, namentlich auch 1865, wo man das Mißbrauchsrecht der Grundbesitzer bei Bergwerken ohne Entschädigung beseitigte.

Abg. Jerusalem (Z.): erklärt sich gegen die Vorlage. Damit schließt die Debatte; die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 3/4 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Vertheidigung von Mitgliedern, welche noch nicht den Eid auf die Verfassung geleistet haben; Anträge wegen der Stellentarif; Petitionen; Etat.)

Kommunales.

Im Ausschuss für Vorberathung der Vorlage des Magistrats für die Gewährung von Dienstalterzulagen für die städtischen Beamten und Lehrer kam man in der gestrigen Sitzung mit den Beratungen zu Ende...

Die Stadtverordneten Borgmann und Brunz stellten in dieser Sitzung folgenden Antrag, nach dem die Gehaltsstufen der Lehrer an den Gemeindeschulen in folgender Weise geregelt werden sollen...

Parteinachrichten.

Der verantwortliche Redakteur der Elberfelder „Freien Presse“, Genosse A. Linxwiler, stand am Donnerstag vor der Strafkammer in Düsseldorf, um sich wegen eines Weihnachtsgedichtes, betitelt: „Proletariats Weihnachtslied“ zu verantworten...

Der sozialdemokratische Parteitag für Bremen und die benachbarten Wahlkreise findet Sonntag, den 4. März 1894 in Bremen statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Berichterstattung über die Thätigkeit der Vorortkommission...

In Dresden siegten bei den am 16. d. M. stattgehabten Wahlen zum Gewerbegericht in der Klasse der Arbeitnehmer die sozialdemokratischen Kandidaten. Auch die zweite Liste ging durch...

Bei den Arbeitnehmer-Ersatzwahlen zum Gewerbegericht in Düsseldorf siegten die Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Presse nimmt auch in Oesterreich einen immer größeren Aufschwung. Am 15. Februar hat wiederum ein neuer Mitstreiter, und zwar in Teplitz in Böhmen das Licht der Welt erblickt...

Das geheime allgemeine gleiche Wahlrecht in Oesterreich. Auch in Oesterreich ist die Sozialdemokratie die Kampferin für diejenige politische Freiheit, die zu erstrebender Aufgabe der liberalen Bourgeoisie sein sollte...

Die Münchener Gewerbegerichts-Wahlen, bei denen bekanntlich auch in der Klasse der Arbeitgeber die sozialdemokratischen Kandidaten gesiegt hatten, waren, wie wir seiner Zeit mitgeteilt haben, vom Münchener Magistrat angefochten...

Vollzeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Verleumdung des Großherzogs von Baden wurde der Genosse Süßkind in Mannheim zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Lokales.

Zur Affäre des 18. Januar. Die Staatsanwaltschaft scheint gegen die sozialdemokratische Presse, welche angeichts der Ereignisse des 18. Januar ihre publizistische Pflicht that, die öffentliche Anklage erheben zu wollen...

wir es im öffentlichen Interesse für geboten, in der Gerichtsverhandlung die ganze Fülle des Belastungsmaterials, das gegen die Vollzeilichkeit ins Feld geführt werden kann, vorzuführen...

Wir erwarten daher von allen, die am 18. Januar von der Plempe oder vom Gummischlauch bearbeitet worden sind, sowie auch sonst von jedermann, der als Zuschauer Zeuge der glorreichen Thaten am Friedrichshain war, unter genauer Angabe des Namens und der Adresse eine gedrängt streng wahrheitsgemäße Mittheilung über das persönlich Erlebte...

Das geheime Verfahren vor einem Innungs-Schiedsgericht. Der Schuhmacher Friedrich August Fleischer, Höchststraße 11, war von einer Stepperin, die den Schäftefabrikanten und Innungsmeister George, Grüner Weg 18, wegen einer Lohnforderung verklagt hatte, ersucht worden, ihr vor dem Innungs-Schiedsgericht, das über den Fall zu urtheilen hatte, als Rechtsbeistand zur Seite zu stehen...

Wir denken, daß diese Probe den Arbeitern aufs schlagendste den Werth dieser eigenartigen Herbilder der Gewerbegerichte vor Augen führen wird. Die Innungs-Schiedsgerichte passen ihrem Geiste nach vortreflich in den Rahmen unserer bürgerlichen Justiz.

In dem Auslande der Berliner Droschkentischer in Sachen der „Weißadrieten“ spielte auch ein amtliches Schriftstück eine nicht unbedeutende Rolle. Es war dies das Antwortschreiben des Herrn Polizeipräsidenten auf eine Eingabe des Vereins Berliner Droschkentischer betreffend die Zurücknahme der polizeilichen Verordnung, welche die Einführung der weißadrieten Bedienung für Taxameter-Droschkentischer ab 1. Januar 1894 dekretirte...

Zu verkaufen. Ein geregelttes Droschken-Fuhrgeschäft, meist erster Klasse (Taxameter), bestehend aus 50 guten Pferden und 82 guten Wagen, kompletter Einrichtung etc. so daß Käufer nur Geld einnehmen braucht...

Näheres ertheilt der Verwalter E. Zopp, Berlin, Räderborsierstraße 21.

Das genannte Fachblatt bemerkt hierzu durchaus zutreffend: Der jetzige Besitzer dieses „geregelten Droschkentischerfuhrgeschäfts“ hat dasselbe also vor 9 Jahren erst errichtet und hat es in dieser Zeit schon bis zum Rentier gebracht...

Der Konsum fremder Biere in Berlin ist trotz der großen Bierpaläste, welche auswärtige Brauereien hier errichten, nicht sehr erheblich. Berlin produzirte 1892/93 2 865 000 Hektoliter Bier. Eingeführt wurden 269 000 Hektoliter...

Die armen Verkäufer. Die „Volk-Ztg.“ läßt sich über den gestrigen Besuchstag aus Friedrichshain berichten: Die Hamburger Journalisten durften im Wismuth'schen Hause frei zirkuliren; die Berliner Kollegen mußten draußen die Profanen auslesen.

Das ein Bierkäufer nicht thun darf. P. P. Hierdurch mache Ihnen die ergebene Mittheilung, daß ich meinen langjährigen Kutscher Gushav Schadowitz mit dem heutigen Tage entlassen habe, und bitte an denselben keine Zahlungen für mich zu leisten...

Den Betrieb des Wassersturzes im Viktoria-Park beabsichtigt der Magistrat in der Zeit vom 1. Mai bis 15. Oktober.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Tischler!

Die Differenzen in der Werkstatt von Sprange, Liebenwalderstraße 81, sind durch gütliche Verhandlung beigelegt.

Den staatlichen „Musterbetrieben“ mußten wir leider schon oft ihre Musterhaftigkeit absprechen.

Trotz der „schlechten Zeiten“, über die auch unsere Unternehmer meinen klagen zu müssen, verdienen diese Herren doch glücklicherweise immer noch soviel, daß sie nicht Hungers zu werden brauchen.

Die Organisationsbestrebungen irgend einer Arbeiterkategorie werden vielfach von der Unternehmerschaft zu einem gewissen Grade ignoriert, so lange nämlich, als ihnen die Bewegung nicht unangenehm wird oder erscheint.

Arbeiterkassen-Gesetze in Rumänien. In Rumänien sollen demnächst staatliche Kassen für verunglückte Berg- und Hüttenarbeiter errichtet werden.

Ueber 300, also 10 pCt. aller Handschuhmacher in Deutschland sind im Laufe des letzten Jahres arbeitslos gewesen.

Die Mainzer Handindustriellen hatten sich, wie wir schon berichteten, an das Großherzogliche Kreisamt gewandt mit der Beschwerde, daß ihnen in den Fabriken die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung zu Unrecht abgezogen würden.

Die Mainzer Handindustriellen hatten sich, wie wir schon berichteten, an das Großherzogliche Kreisamt gewandt mit der Beschwerde, daß ihnen in den Fabriken die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung zu Unrecht abgezogen würden.

Die Mainzer Handindustriellen hatten sich, wie wir schon berichteten, an das Großherzogliche Kreisamt gewandt mit der Beschwerde, daß ihnen in den Fabriken die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung zu Unrecht abgezogen würden.

ausdrücklicher, es sei durch Verlegung des Unterrichts in die Arbeitsstunden ermöglicht worden, die Empfänglichkeit für denselben und damit den Erfolg der Fortbildungsschule überhaupt zu steigern.

Ein Gewerbegericht soll am 1. Juli auch in der Stadt Döbeln in Sachsen ins Leben gerufen werden.

Was die Krone der Sozialreform — den Beamten einbringt, möge der soeben veröffentlichte Rechnungsschluß der württembergischen Versicherungsanstalt beweisen.

Arbeiterbudgets. Eins der besten Mittel der herrschenden Klasse den Beweis zu führen, in welcher traurigen Verhältnisse die Mehrzahl der Bevölkerung heute zu leben gezwungen ist, bildet jedenfalls die Aufstellung von Arbeiterbudgets.

Table with 2 columns: Category (Wochentage, Sonntage, etc.) and Value (Tage, 286, 37, etc.).

Die Gesamtzahl der Arbeitsstunden betrug 296 3/4; davon fielen auf den Sonntag 152 1/4 Stunden.

Die Gesamtzahl der Arbeitsstunden betrug 296 3/4; davon fielen auf den Sonntag 152 1/4 Stunden.

Die Mainzer Handindustriellen hatten sich, wie wir schon berichteten, an das Großherzogliche Kreisamt gewandt mit der Beschwerde, daß ihnen in den Fabriken die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung zu Unrecht abgezogen würden.

Die Mainzer Handindustriellen hatten sich, wie wir schon berichteten, an das Großherzogliche Kreisamt gewandt mit der Beschwerde, daß ihnen in den Fabriken die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung zu Unrecht abgezogen würden.

Die Mainzer Handindustriellen hatten sich, wie wir schon berichteten, an das Großherzogliche Kreisamt gewandt mit der Beschwerde, daß ihnen in den Fabriken die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung zu Unrecht abgezogen würden.

Die Mainzer Handindustriellen hatten sich, wie wir schon berichteten, an das Großherzogliche Kreisamt gewandt mit der Beschwerde, daß ihnen in den Fabriken die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung zu Unrecht abgezogen würden.

II. Für das Vorhandensein der Eigenschaft als Haus-Gewerbetreibender dagegen spricht im Allgemeinen wenn

1. der Arbeitnehmer sich das zu verarbeitende Material insbesondere die erforderlichen Zuthaten und die nöthigen Arbeitsgeräte und Werkzeuge, ganz oder zum Theil selbst beschafft.

2. der Arbeitnehmer berechtigt ist, zur Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten selbständig Hilfskräfte in Gestalt seiner Familienangehörigen oder fremder Personen anzunehmen.

3. es dem Arbeitnehmer einerseits gestattet ist, auch für andere Arbeitgeber, insbesondere auch für Private, zu arbeiten, andererseits der Arbeitnehmer von einem Arbeitgeber nicht ständig beschäftigt wird und gezwungen ist, auch bei dritten Personen Arbeit zu suchen.

4. Stütz- bezw. Akkordpreise vereinbart sind.

5. ein festes Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht besteht, der Arbeitnehmer vielmehr immer nur für die eine Arbeit gebunden ist, so daß er keinen Anspruch auf neue Arbeit hat, wenn die ihm übertragene Arbeit vollendet ist, er aber auch ebenso wenig von dem Arbeitgeber zur Uebernahme neuer Arbeiten gezwungen werden kann.

6. wenn der Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber persönlich völlig unabhängig und einer Kontrolle desselben höchstens insoweit unterworfen ist, als er bestimmte Ablieferungstermine einzuhalten hat.

Vorliegende Fälle können jedoch selbstverständlich nur als Anhaltspunkte dienen, um an der Hand derselben im einzelnen Falle zu entscheiden, wer als Heimarbeiter und wer als Hausgewerbetreibender zu betrachten ist, je nachdem für das Vorliegen des einen oder anderen Verhältnisses mehr der erwähnten Punkte sprechen.

Da auf die Heimarbeiter der Schuhfabriken, der Kleiderfabriken, der Möbelindustrie etc. die unter II. erwähnten Punkte zutreffen, so hat das Kreisamt angeordnet, daß diesen Arbeitern die seit Erlass des Gesetzes abgezogenen Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung wieder zurückersetzt werden.

Versammlungen.

Die Stockarbeiter hielten am 11. d. Mts. eine zahlreiche besuchte Versammlung ab, in der Fraulein Waader in einem recht beißig aufgenommenen Vortrage über das Thema: „Der Fluch der Zivilisation“ referirte.

In einer Versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Noabik), die am 11. Februar tagte, referirte Kollege Sigg über den Nutzen der Gewerkschafts-Organisation.

Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufs-genossen (G. S.) In der Mitgliederversammlung am 12. Februar gab der Vorsitzende Holtkamp den spezialisierten Jahresbericht.

In einer Versammlung aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter sprach am 12. Februar Genosse Millarg über die Feier des 1. Mai.

Der Verein der Lithographen, Stein drucker und Verlags-genossen hielt am 15. d. M. seine Generalversammlung ab.

Die kombinierte Sitzung der Jünser-Kommission der Verwaltung und Vorstand ist von der Notwendigkeit der Errichtung eines Vereinsbüros überzeugt und empfiehlt den Mitgliedern, sich dem anzuschließen. Um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, diesen Vorschlag eingehend zu beurteilen, wird eine Urabstimmung vorgenommen und werden die Mitglieder ersucht, sich zu äußern, bezüglich der dadurch notwendigen Erhöhung des Beitrages von 15 auf 20 Pf. wöchentlich. In der Diskussion wurde die angeregte Frage lebhaft erörtert; sämtliche Redner erkannten die von der Kommission angeführten Gründe als stichhaltig an und erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit der Kommission.

Schöneberg. In einer Versammlung der Holzarbeiter die am 18. Februar hier tagte, hielt der Genosse Hoffmann einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag. Die Versammlung beschäftigte sich sodann in einer längeren Debatte mit den Missständen in den einzelnen Werkstätten. Besonders eingeladen waren zu dieser Versammlung die Kollegen aus den Werkstätten Faul und Henkel. In der betreffenden Werkstatt, so berichtet Kollege Georgi, herrschen geradezu heillose Zustände. Ueberstundenarbeit und schlechte Löhne sind die Regel. Um bei einem Stundenlohn von 21 Pf. 24 W. Wochenverdienst zu erzielen, muß Nachts und Sonntags gearbeitet werden. Recht deutlich trat in der Diskussion die Blüthe des Submissionswesens zu Tage. Diefelben Arbeiter, die zur Steuerzahlung mit einem Einkommen von über 1000 M. jährlich veranlagt sind, können bei Magistratsarbeiten in normaler Arbeitszeit nur 12 M. verdienen. Den Affordararbeitern, die mit dem geringen Verdienst durchaus nicht zurecht kommen konnten und Zulage verlangten, wurde die Antwort, sie sollten länger arbeiten, zugelegt. Ueberstundenarbeit und schlechte Löhne sind auch hier die Hauptsache. Aus der ganzen Diskussion ging hervor, daß nur ein festes, einiges Zusammenhalten in der Organisation solche Missstände beseitigen kann. Hierfür wurden drei Werkstättenkontrollen gewählt, und zwar die Kollegen Scholz, Wendel und Schilling. Die Errichtung einer Zählstelle für Schöneberg soll in nächster Versammlung beschlossen werden; ferner wurde angefordert, für die Verbreitung der statistischen Fragebogen thätig zu sein. Zum Ausstand in der Sprang'schen Werkstatt wurde berichtet, daß diese Angelegenheit als ziemlich geregelt gelten kann.

„Die Solidarität der Berliner Gutmacher-Genossenschaft den Berliner Mauern gegenüber“ lautete der erste Punkt der Tagesordnung der öffentlichen Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend vom 18. d. Mts. Vorpahl als erster Redner machte der Geschäftsleitung der Gutmacher-Genossenschaft den Vorwurf, daß diese sich den Berliner Mauern gegenüber nicht solidarisch bewiesen hätte. Der Fabrikbau in der Poppel-Allee ist von der Genossenschaft einem kapitalistischen Unternehmer, Wolf, welcher keine organisierten Arbeiter einstelle und den Bau am billigsten herstelle, übertragen worden. Als Vertreter der Gutmacher-Genossenschaft nahm Borgmann das Wort. Derselbe sprach der Gewerkschaft der Maurer das Recht ab, in dieser Weise öffentlich gegen die Gutmacher vorzugehen. Der einzig richtige Weg wäre Beschwerdeführung bei der Gewerkschaftskommission gewesen, welche die Angelegenheit hätte untersuchen müssen. Zur Sache selbst bemerkte er, daß die Genossenschaft nicht kapitalistischer genug sei, um den Bau in eigener Regie ausführen zu lassen. Ferner bestritt Redner, daß auf dem Bau keine organisierten Maurer beschäftigt werden. Es würden sogar — nach Aussage des Politers — nur verheiratete Berliner Maurer beschäftigt. Der Genossenschaftsvorstand sei, nachdem die Erwerbung des Grundstücks leider notwendig geworden war, bemüht gewesen, das Grundstück im gewünschten Sinne zu bebauen, doch sei es ihm nicht gelungen, von Banken Baugelder zu erhalten. Es blieb demnach nur der jetzt gewählte Ausweg übrig. Auf dem Bau seien gegenwärtig nur acht Maurer beschäftigt. Doch Baummeister Wolf in erster Linie seine alten Gesellen berücksichtige, sei begreiflich. Wenn Bedarf an Arbeitern eintreten würde, so würden jedenfalls auch organisierte Maurer eingestellt werden. Da übrigens die Organisation der Maurer so klein sei, dürfe man sich nicht wundern, daß so viele unorganisierte Maurer auf den Bauen arbeiten. Ueber das Vorgehen der Maurer werde bei der Gewerkschafts-Organisation Beschwerde geführt werden. Die Darlegungen Borgmann's wurden in der folgenden Diskussion einer zum Theil sehr scharfen Kritik unterzogen. Blaurod tadelte besonders, daß die Genossenschaft, die übrigens mit der Partei gar nichts zu thun habe, gar keinen Versuch gemacht habe, sich mit der Maurerorganisation zwecks Uebernahme und Ausübung des Baues in Verbindung zu setzen. Die Genossenschaften seien unter den heutigen Verhältnissen nothgedrungen kapitalistische Unternehmungen, welche demgemäß auch kapitalistisch zu handeln gezwungen seien. Auf die Redewendungen des Politers sei gar nichts zu geben. An der Thatsache sei nun nichts mehr zu ändern, doch solle dessen ungeachtet dieselbe der Genossenschaft nicht weiter nachgetragen werden. Näther konstruirte einen Vorwurf gegen die Gutmacher-Genossenschaft aus dem Umstande, daß dieselbe verabsäumt habe, bei Vergabung des Baues dem betreffenden Unternehmer die Bedingung zu stellen, daß der Bau nur durch organisierte Maurer fertig gestellt werden dürfe. Augustin erklärte, daß die Internas der Genossenschaft nicht in öffentlicher Versammlung dargelegt werden können, wies die scharfen Angriffe Kaufmann's in ebenso scharfer Weise zurück und tadelte das Vorgehen der Maurer. Es folgte eine weitere lange und lebhaft ausgeführte Debatte. Ueber zwei eingegangene Resolutionen wurde zur Tagesordnung übergegangen, ebenso wurden alle sonst die Angelegenheit betreffenden Anträge abgelehnt.

Die öffentliche Versammlung der Puhler tagte am 18. d. M. in der Brauerei Köninghadt. Kollege F. Schulz eröhrte in seinem einleitenden Referat die Aussichten des kommenden Jahres. Alle Angelegenheiten deuteten darauf hin, daß eine wesentliche Besserung der höchst ungünstigen Konjunktur in nächster Zeit nicht eintreten wird. Leider fehle eine Statistik, aus der sich ergeben lasse, in welcher Weise die Arbeitslosigkeit unter den Puhlern grassire. Pflicht der in Arbeit stehenden sei es, die Ueberstundenarbeit zu unterlassen und die Ruhepausen gehörig zu benutzen, damit der Arbeitsmangel nicht noch eine furchtbare Steigerung erfährt. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine lebhaft ausgeführte Diskussion, in welcher Buchholz, Dahne, Synmann und König das Wort nahmen. Es wurde mehrfach getagt, daß die Kollegen gegenüber den sogenannten Bauherren nicht energisch genug ihre Rechte vertreteten; falls dieselben einmal „Arbeitsgeber“ sind, sollen sie auch angehalten werden, den Vorschriften bezüglich der Kranken- und Unfallversicherung nachzukommen. Die Besitzer zum Gewerbegebiete, Gräfsche und Penning, erstatteten sodann Bericht über ihre Thätigkeit, und legten es den Kollegen aus Verz. sich beim Eintritt der Arbeit genau über Arbeitgeber, Lohn u. s. w. zu informieren.

Charlottenburg. Am 18. Februar fand hier eine Volksversammlung statt, in der Genosse Wagner in einem interessanten Vortrage über: „Die direkte Gesetzgebung durch das Volk“ sprach. Redner unterzog die verschiedenen Formen der Gesetzgebung einer Betrachtung, um dann, bei den neuesten Verfassungen und Verhältnisse angehangen, eine eingehende Schilderung von Verfassung und Gesetzgebung der Schweiz zu geben. Schließlich noch die Rittinghausen'schen Vorschläge streifend, kam Redner zu dem Schlusse, daß die direkte Gesetzgebung durch das Volk an sich wohl erstrebenswerth sei, ohne daß ihre Durchführung innerhalb der augenblicklichen Verhältnisse- und Bildungsverhältnisse des deutschen Volkes jedoch erwünscht sein könne. Erst müsse die große Masse des Volks wirtschaftlich und intellektuell gehoben werden. Mit der Ermahnung an die Anwesenden, für eine immer größere Verbreitung der sozialdemokratischen Anschauungen zu sorgen, schloß der Redner unter großem Beifalle seinen Vortrag, dem eine kurze Debatte folgte.

„Die ethische Lebensansicht.“ Von William Mackintire Salter. Uebersetzt von Georg von Gizzi. Berlin 1894. Bei Ferdinand Dümmler.

In einer öffentlichen Kellnerversammlung, welche in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch bei Bähler, Rosenthalerstr. 38, stattfand, wurde abends über die Kongressfrage verhandelt. Nachdem Kollege Pösch die Diskussion über den im März in Berlin stattfindenden Kongress und die auf der Tagesordnung stehenden Punkte eingeleitet, wurde in der in der letzten Versammlung abgebrochenen Debatte fortgeführt. Der Gastwirth Herzberg bemängelt die von den Einberufern aufgestellte Bedingung, daß nur Vertreter zugelassen sein sollten, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Genosse Näther weist in längeren Ausführungen die Nothwendigkeit und Richtigkeit dieser Forderung nach. Der anwesende Vertreter eines reaktionären Kellnervereins plaidirt unter Widerspruch und Heiterkeit der Versammlung für Hand in Handgehen mit den Prinzipalen; er betont u. a., daß der Kellner nur mit „besseren Leuten“ umgehen (Zwischenruf: Trügelbettel!). Kollege Schröder führt aus, daß Alles was erreicht werden könne, nicht mit, sondern nur gegen die Unternehmer zu geschehen habe. Von der Nachwahl weiterer Delegirten wurde Abstand genommen. — Von mehreren der bei Herrn Bähler, dem Inhaber des Lokals, in Stellung gewesenen Kellnern wurde lebhaft Klage geführt über die schlechte Entlohnung und Behandlung, die derselbe ihnen zu Theil habe werden lassen. Der noch dort in Stellung sich befindliche Koch, den Herr Bähler zu seiner Verteidigung herbeiholte, bestätigte in Bezug auf das Essen vollkommen die Angaben der Beklagten. Das Essen, was er verabreichen müsse, sei ein Futter, das niemand genießen könne. Auf Antrag Näther wurde beschloffen, die Angelegenheit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission zu überweisen. — Ein anderer Kellner brachte zur Sprache, daß ihm vom Gastwirth Schliebich wegen ganz geringfügiger Vergehen Ohrfeigen angeboten worden seien und er dann entlassen worden sei. Damit nicht genug, habe Herr Schliebich auch noch einen Brief an den Wirth des Ziokol, wo er jeden Sommer arbeite, geschrieben, sodas er ihm dort das Brod abgeschnitten. (Schwarze Witze). Die gutbesuchte Versammlung dehnte sich aus bis 6 Uhr Morgens.

Literarisches.

Victor Bruching. Warum verarmen wir und wie ist dem abzuhelfen? Berlin, Wilhelm 1893. Auf die erste Frage antwortet der Verfasser: Einige wenige besitzen bereits zu große Kapitalien, daß sie deren Zinserträge nicht mehr ausgeben können, diese dober zum Kapital schlagen, wodurch sie infolge der Wirkung des Zinseszins immer reicher und reicher werden, während die große Menge der Produzenten immer ärmer werden muß, weil sie den größten Theil ihres Arbeitsertrages eben in Form von Zinsen abgeben müssen. Ein Symptom (Kennzeichen) der zunehmenden Verarmung wird also als Grund derselben angegeben, während man von der Art unserer Wirtschaftsweise nicht erfährt; es ist genau die Antwort des Onkel Bräsig: Die Armut kommt her von der Pauvrelo (zu deutsch: Armut).

Würdig dieser tiefstänigen Erklärung ist denn auch die Antwort auf die Frage nach der Abhilfe. Nach einem kleinen Ausfall auf die unmöglichen Sozialdemokraten, welche die Vererbung und die Verjüngung abschaffen wollen, wofür ernsthaft kein denkender Mensch eintreten könne, kommt der durchdachte Vorschlag des Verfassers: Das Reich lasse beim Tode eines reichen Mannes seinen Erben nur 80 Millionen Mark und konfiszire den Ueberschuß. Die Erträge soll das Reich benutzen, um die eigenen Schulden aufzulösen, aufzubewahren und sich selbst zu verzinsen!!! So ist das Reich sich selbst Schuldig und zahlt sich selbst jährlich einige Millionen Mark Zinsen, welche namentlich zur Lösung der sozialen Frage verwendet werden sollen, nämlich — zur Gesundheitspflege der mittellosen Jugend, insbesondere zur Anlage, Unterhaltung und Leitung von Kinderhospizen und Ferienkolonien“.

Daß eine stärkere Erbschaftsteuer, vorausgesetzt, sie werde mit einem guten Verwendungsgesetz verbunden, etwas Gutes wäre, ist ja richtig; sie ist übrigens nicht zu erwarten, da die Besitzenden zugleich die Herrschenden sind. Aber zu denken, durch eine derartige Steuer könnte Frieden geschaffen werden, dazu gehört die ganze Naivität (Kindlichkeit) eines Mannes, der von ökonomischen Dingen nichts versteht, sich aber doch betruhen glaubt, die Welt mit seinen Rathschlägen zu beglücken. Leider giebt es viele solche Leute, welche nicht zufrieden sein können, wenn sie sich nicht gedrückt sehen. Es würde das ja auch nichts schaden, falls nicht so viele andere Leute darauf hineinstießen und ihr Geld für dergleichen Unsinn ausgaben. Bt.

Die ethische Lebensansicht. Von William Mackintire Salter. Uebersetzt von Georg von Gizzi. Berlin 1894. Bei Ferdinand Dümmler. Der Verfasser des Schriftchens gehört zu den Propheten, die in Amerika eine neue ethische Bewegung ins Leben gerufen haben. Einige Schaumwellen dieser Bewegung schlugen auch nach Deutschland hinüber und pflanzten sich hier in dem stilleren Tümpel unserer Bourgeoisie als „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“ fort. Wer nun etwa glaubt, die ethische Lebensansicht der Salter und seiner Gesinnungsgenossen huldigt, in diesem gedruckten Vortrage entwickelt zu finden, wird arg enttäuscht werden. Was dem Verfasser für „ethisch“ gilt, erlauben wir nicht; es müßte denn sein, solche allgemeine Redewendungen wie „das Gute“ oder „das Rechte“ könnten irgend jemand Marheit darüber verschaffen, was sein ethisches Wohlgefallen erregt. Noch weniger denkt er daran, in streng vernunftgemäßer Beweisführung die Nothwendigkeit einer ganz bestimmten Ethik zu begründen. Herr Salter macht sich die Sache viel leichter; er verfuht nur die ethische Lebensansicht — besser würde wohl „Lebensanschauung“ zu sagen sein — zwei anderen Arten von Lebensanschauungen gegenüber zu stellen oder vielmehr überzuordnen. Die elementarste dieser drei Lebensanschauungen formulirt er als die instinctive Lebensansicht, der die Mehrzahl der Menschen huldigt. Welche habe für die Lebensregeln eines Individuums dieser Art den glücklichen Ausdruck gefunden: „Es will sich ernähren, Kinder zeugen und die nähren, so gut es vermag.“ Dann komme die wissenschaftliche Lebensansicht, die nach dem Zusammenhang der Dinge und ihrem wahren Wesen frage und ohne persönlichen Vortheil zu suchen, sich der wissenschaftlichen Forschung ergebe. Die dritte höchste Lebensansicht sei dann die ethische, welche für das Handeln der Menschen Ideale aufzustellen suche. Im Vorfeld dieses Gedankens stellt Salter Wissenschaft und Ethik einander gegenüber mit den Worten: „Die Wissenschaft ist die Erforschung dessen, was ist, die Ethik ist das Erforschen des Ideals, — dessen, was sein sollte.“ Dieser Satz ist charakteristisch für die löthige Denkweise Salter's. Nach der gemeinstigsten Wortbedeutung umfaßt die Ethik die Gesamtheit der in verschiedenen Völkern der Vergangenheit und Gegenwart gültigen Sittengebote, also ein gut Theil dessen, was ist.“ Somit verfallt auch diese Ethik der Erforschung und Kritik der Wissenschaft. Andererseits kann doch auch die Salter'sche Intuitionsethik, die ihm offenbar als Ethik schlechthin gilt, nur ein Ideal für menschliches Handeln aufstellen, nicht aber ein Ideal für das, was sein sollte“ überhaupt. Diese erläuterte Gegenüberstellung von Ethik und Wissenschaft hintert also auf beiden Fronten. Aus den weiteren Ausführungen des Autors geht aber auch hervor, daß er Ethik und Religion nicht auseinander zu halten verzieht. Auf S. 15 sagt er: „Für die ethischen, welche die ethische Lebensansicht hegen, oder

was dasselbe ist, welche sich auf die Seite Gottes stellen, muß das Leben ein Kampf sein“, und weiterhin sagt er über diese Lebensansicht: „Ihr natürlicher Begleiter ist vielmehr der Glaube.“ Er meint damit den Glauben an die „göttlichen Ideen“, ohne sich für einen bestimmten Glauben an einen persönlichen Gott auszusprechen. Zum Schluß erklärt er denn ausdrücklich, er habe von der ethischen Lebensansicht im Gegensatz zu der instinctiven und wissenschaftlichen gesprochen, habe sie aber „nicht der religiösen Lebensansicht entgegengerichtet“. Ja, er sieht sich „nach Menschen, die wiederum das Gefühl des Rechtes ausregen, das Bewußtsein unwandelbarer Normen, nach welchen die Einzelnen und die Völker gerichtet werden“. Wenn man nun aber auch absteht von der verworrenen und vieldeutigen Ausdrucksweise des Verfassers, die stets auch ein Kennzeichen verworrenen Denkens ist, so bleibt als greifbares Ergebnis seiner Ausführungen nur übrig, daß er die Menschen nicht auf das Triebleben und die wissenschaftliche Thätigkeit beschränken will, sondern von ihnen die Hingabe an höhere gemeinsame Zwecke, das Streben nach einem „Ideal“ verlangt. Damit befindet er sich nun allerdings im Einklang mit allen Menschen, die über das Stadium der Philistergenügsamkeit hinausgewachsen sind. Sie alle suchen irgend welche Ideale zu verwirklichen, der Meinungsunterschied beginnt jedoch sofort bei der Ausmalung dieser Ideale und bei der Ausmessung des Weges zu ihrer Erreichung. Da kommt jedoch der brave Salter über phrasenhafte Allgemeinheiten nicht hinaus. Wenn die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“ glaubt, mit derartigen Salter'schen Propaganda machen zu können, so hat sie ihr Pulver umsonst verpöschten. Bedauerlich ist es, daß Professor v. Gizzi seine Kraft an die Uebersetzung eines solchen Schmarren vergeudet hat.

Eingelassene Druckchriften.

- In der Dorfschenke Genrebild (plattdeutsch) in 1 Akt von F. Trepelmann. Preis 75 Pf. Begefac. (Im Selbstverlag.)
- Die gehoblene Wurst. Charakterbild in 1 Akt von F. Trepelmann. Preis 75 Pf. Begefac. (Im Selbstverlag.)
- Freie Bühne. Neue deutsche Rundschau. II. Heft. V. Jahrgang. Redaktion: Otto Julius Bierbaum. Berlin W. Verlag S. Fischer.
- Immaterielle Ursachen der Krankheiten. Von Dr. med. G. Reich. Heft I. Groß-Lichterfelde bei Berlin. Wallmann's Verlag.
- Fünfzig Kinder- und Hausmärchen, gesammelt durch die Brüder Grimm. (Kleine Ausgabe.) Mit 12 Bildern von Ludw. Richter. Preis 40 Pf. Leipzig. Verlag: Ph. Reclam jun.
- Die deutsche Rechtsanwalts-Ordnung. Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte. Von Landrichter Berg. Leipzig. Verlag: Ph. Reclam jun. Preis 40 Pf.
- Soziale Kämpfe vor dreihundert Jahren. Altmünchberger Studien von Bruno Schoenlank. Leipzig. Verlag: von Duncker u. Humblot. Preis 4 M.
- Ceferreich im Jahre 2020. Sozialistischer Roman von Dr. Jos. v. Neupauer. Dresden-Leipzig. C. Piesou's Verlag. Preis 4 M.
- Reichens' Rede gegen Aeschyon. Uebersetzt von Dr. Wilh. Neeb. Leipzig. Verlag von Ph. Reclam jun. Preis 20 Pf.
- Amerikana. Humoristische Skizzen von Ph. Bergel. Leipzig. Verlag von Ph. Reclam jun. Preis 20 Pf.
- Silberhochzeit. Scherz und Ernst (Erstes Bändchen) von G. Fried. Wittmann. Leipzig. Verlag von Ph. Reclam jun. Preis 20 Pf.
- Maria Magdalena. Trauerspiel in 3 Akten von Fr. Hebbel. Leipzig. Verlag von Ph. Reclam jun. Preis 20 Pf.
- Ergebnisse der preussischen Volkszähl-Statistik 1891. Von J. Frewß, Bielefeld. Verlag von A. Helmiß Buchhandlung. Preis 50 Pf.
- Der Naturarzt. Zeitschrift des Deutschen Bundes der Vereine für Gesundheitspflege und für arzneilose Heilweise. Berlin S., Expedition: J. Schmeidel, Sebastianstr. 27/28.
- Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Z. S. B. Dieh, Verlag) ist soeben das 20. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Des Neuen Kurzes Freud' und Leid. — Der Agrarier Noth und Glück. Von Dr. A. Meyer. — Die Aussichten des Sozialismus in America. Ein Vortrag, gehalten von Ad. Hepper in St. Louis. — Die Einkommensverhältnisse in Preußen. Von Dr. S. Lux. — Zur Lage der russischen Fabrikarbeiter. Von Dr. B. Kriftschewsky. — Ein Scherzspiel. Von S. Mehring. — Literarische Rundschau. — Notizen: „Je mehr sich's ändert, desto mehr bleibt sich's gleich!“ Zur Steigerung des Bodenertrages. — Feuilleton: Herwegh und die Pariser deutsche Legion. (Schluß.)

Briefkasten der Redaktion.

- Adolf S., Militär. Ja.
- Junger Genosse. 1. 14 tägige Kündigungsfrist besteht auch bei Affordarbeit. 2. Ja. 3. Monopol bedeutet die ausschließliche Besitzniß innerhalb gewisser örtlicher Grenzen gewisse Zweige der Erwerbsthätigkeit auszuüben.
- A. G. Kommen Sie mit dem Vertrag in die Sprechstunde.
- H. S. 93. Die Erstattung der Rechtsanwaltsgebühren können Sie fordern, wenn der Staatskasse durch das Urtheil die Kosten und Ihre Auslagen auferlegt sind. 2. Wenden Sie sich an das Gericht.
- Edward Müller, Grauschütz. Sie können nach Sachen ausgewiesen werden, falls Sie bestraft werden und Ihr Vergehen (das Sie in Ihrem Briefe nicht angeben) ein solches ist, daß Sie nach preussischem Gesetz Aufenthaltsbeschränkungen durch die Polizeibehörden unterworfen werden können.
- P. A., Schmidstr. 26. Der Wirth haftet nicht für den Verlust Ihres Uebersiehers, wenn Sie ihm nicht ein Verschulden nachweisen.
- J. Raefe. Ihre Frau muß, falls gepfändet wird, die Interventionstage anstrengen.
- Balliadenstrafe. 1. Nein. 2. Ja.
- S. 5. 122. 1. Nein. 2. An das Amtsgericht, welches übrigens von Amtswegen dem Dienstmädchen, falls sie in dem Testament bedacht und bei der Publikation desselben nicht anwesend war, von dem Legat Nachricht giebt. 3. Es werden nur 10 Pf. für die Seite Schreibgebühren erhoben.
- Gertrud Maggag. 1. Ja. 2. Bis Abends.
- E. L. Schüchstr. 13. 1. Das hängt von dem Wortlaut des Scheins ab, den Sie unterschrieben haben. Wahrscheinlich enthält er die Verpflichtung, die sämtlichen Hefte des Werks zu nehmen. 2. Nein.
- G. G. 404. Sie müssen zahlen, wenn Sie nicht nachweisen, daß Sie dazu außer Stande sind.
- Club Rowater. Nein.
- Syndak Nr. 1709. Falls ein Innungsschiedsgericht der betr. Innung besteht, kann der Geselle, welcher bei einem Innungsmeister arbeitet, bei dem Gewerbegericht weder klagen noch ist er zum Gewerbegericht wählbar oder wahlberechtigt.
- Gemeindevertretung. Eine allgemeine preussische Landgemeinde-Ordnung giebt es nicht. Nach dem Gesetz von 1856 betr. die Landgemeindeverfassung in den 6 städtischen Provinzen bestimmt sich die Theilnahme am Stimmrecht durch die Ortsverfassung, die Wählbarkeit nach dem Ortsstatut.
- H. H. Köpnickstr. Bringen Sie im Termin Ihre Einwendungen vor.
- Väroio. Wie Sie gesehen haben, ist diese Angelegenheit bereits redaktionell erledigt.
- Stekmacher. Sie haben uns keinen Versammlungsbericht eingesandt.
- P. M. 100. Ja.